Einzelverkaufspreis: 1,50 mark incl. 5,5% mwst

Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



D 22354 C

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr.117 19.3.1976

* herausgeber:
* frankfurter
* informationsdienst e. v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel.: 0611/70 43 52

* postadresse:
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß:
* donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur : f. kern

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

vierteljahres-abo :
18 dm gegen vorauskasse
auf das postscheckkonto:
frankfurter
informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
genaue anschrift angeben.

druck : eigendruck

INLAND

BLEIWERK WIRBT FÜR BLEIVERGIFTUNG

MÜNCHEN (ID/BLATT) 28. Februar

Töging ist eine Kleinstadt von etwa 9.000 Einwohnern, liegt so runde 90 Kilometer östlich von München.

Obwohl gerade erst vor drei Jahren in Altötting (14 km von Töging entfernt) die letzte Teufelsaustreibung der BRD stattfand, ist in Töging schon wieder der Teufel los. Diesmal allerdings gehts nicht um den stets in Schwefeldämpfe gehüllten Beelzebub, sondern um die Bleidämpfe der Firma Bärlocher.

Mit Einverständnis der Töginger Gemeindeverwaltung dürfte Bärlocher in unmittelbarer Nähe der Kleinstadt seine Giftküche errichten. Doch die Bevölkerung will wohl nicht so ganz, wurde doch folgendes Flugblatt im Namen der Firma Bärlocher unter die Töginger Bürger gebracht:

„TÖGING AM INN – BÄRLOCHER INFORMIERT
WICHTIG!
Liebe Töginger Bürgerinnen und Bürger!

Wie Sie sicher schon erfahren haben, plant unsere Firma, die Chemischen Werke München, den Bau eines Bleiwerkes in Töging. Deshalb möchten wir Ihnen ein paar kurze Informationen über unser Werk vermitteln und uns bereits jetzt aufs herzlichste bei Ihnen bedanken, daß Sie bisher völlige Ruhe bewahrt haben und als erste Stadt allen Argumenten von unserer Seite zugänglich waren.

Dies ist keine Selbstverständlichkeit, wie Sie vielleicht glauben, Saint-Avold, (Frankreich) Ramstein, Worms und Kaiserslautern lehnten den Bau eines Bleiwerkes aus für uns unerklärlichen Gründen ab. Besonders übel mitgespielt wurde uns von der Bevölkerung des französischen Ortes Marckolsheim, die nicht davor zurückschreckte, gemeinsam mit deutschen Volksterroristen unseren Bauplatz zu besetzen. Durch diese abscheuliche Aktion verhinderten die „Leute, die besoffen Gaude machen", (Rosenthal, Hauptaktionär) ebenfalls die Errichtung unseres Bleiwerkes. Versuche unserer Firma, in Braunschweig, Kiel, Lüneburg oder Plattling eine Baugenehmigung zu erhalten, wurden ebenfalls zum Scheitern gebracht.

Erst Mitte November 1975 begann in München unsere Erfolgsserie, wie wir dank Ihrer Besonnenheit in Töging fortsetzen können. Damals wurden vom Stadtrat in geheimer Sitzung die Veränderungssperren für unser Münchner Werk mit 44 gegen 21 Stimmen aufgehoben.Die meisten jedoch waren wohl schon deshalb einsichtiger, weil wir für den Fall der Nichtaufhebung mit Schadensersatzforderungen in Höhe von 100 bis 150 Millionen drohten. Gegen den Bezriksausschußvorsitzenden des 28. Stadtbezirks, Herbert Vecker, der gegen den Stadtratsbeschluß protestierte, nachdem er bereits vorher wiederholt vor angeblichen Gefahren des Werkes gewarnt hatte, strengten wir einen Prozeß an (Streitwert 100.000).

Zu der Behauptung, wir hätten anfangs der 60er Jahre ohne gewerbliche Genehmigung stillschweigend neue Anlagen errichtet, möchten wir hier nicht Stellung nehmen. Schlichtweg falsch ist jedoch, daß wir unser Werk in München während der Olympischen Spiele deshalb schlossen, weil sonst die Geruchsbelästigung für ausländische Gäste zu groß gewesen wäre. Richtig ist nur, daß unser Werk direkt am Olympiagebäude liegt und wir unseren Werksangehörigen die Möglichkeit geben wollten, jede Minute der Spiele mitverfolgen zu können.

Die Chemischen Werke München (CWM) bestehen jetzt schon seit 1908 und sind mit ihren rund 400 Beschäftigten und den 22 Abluftkaminen der zweitgrößte Bleiverarbeitende Betrieb Deutschlands. Die Töginger Bürger werden bald stolz darauf sein können. Etwai Etwaige Veränderungen, wie die Verlegung der Wanderwege, des Schwimmbades, die Umquartierung der Bewohner der sogenannten „Froschau" in den Töginger Norden und der Bau eines Krankenhauses mit Entgiftungsabteilung, stehen allerdings bis jetzt noch nicht zur Debatte. Sie würden jedoch das Städtebild Tögings bestimmt nicht grundlegend verändern und könnten durch die Mehreinnahmen an Gewerbesteuer bestimmt finanziert werden.

Doch nun zu den Vorwürfen, die unserem vorbildlichen Unternehmen von fanatischen Umweltverteidigern und Verrückten, die sachlichen Argumenten nicht zugänglich sind (Bauern, Fischern, Winzern, Arbeitern) vorgehalten werden. Diese Leute behaupten, daß Blei und seine chemischen Verbindungen bei Mensch, Tier und Natur folgendes bewirken:

- Die akute einmalige Aufnahme größerer Bleimengen, häufig insbesondere am Arbeitsplatz, führt zum Tod. In unserer Firma wurde erst ein Fall bekannt, wo einer unserer geschätzten Mitarbeiter durch die Arbeit zum Krüppel wurde. Dr. Clarmann, leitender Arzt an der toxikologischen (= Giftabteilung) des Klinikums rechts der Isar behauptet dagegen, daß in den letzten drei Jahren 35 Mitarbeiter unserer Firma wegen einer Vergiftung oder des dringenden Verdachtes hierauf in Behandlung gewesen sind.
- Chornische Bleivergiftungen erfolgen durch dauernde Aufnahme von kleineren Bleimengen.
- 42 bis 50 Mikrogramm Blei wurden in der Muttermilch von Frauen in einer Bleistadt festgestellt gegenüber 3 Mikorgramm in einem anderen Ort. Kuhmilch hilft auch hier nicht weiter, da sich Bleiverbindungen auf der Wiese ablagern.
- Verschiedene Störungen der Nervenfunktion, vom Kribbeln bis zu Lähmungen und Gehstörungen, auch Sehstörungen, Gedächtnisschwäche und Schwindelanfälle stellen sich ein.
- **Chronische** Bleivergiftungen rufen bei Männern Potenzverlust und bei Frauen Fehlgeburten hervor.
- Bei Niederschlägen gelangt der Bleistaub in den Boden, ansonsten fliegt er in der Luft rum. Folge: in Hoboken (Belgien) verlieren die Bäume ihre Blätter, in den Gärten gedeiht nichts mehr (France Soir, 1.9.74). In Nordenham, Stolberg (beide BRD) und Hoboken stirbt das Vieh massenweise auf der Weide durch vergiftetes Weidegras. In Hoboken soll ein Bauer vom Werksbesitzer eine Geldsumme erhalten haben, wenn er seine Tiere nicht mehr in der Nähe der Bleifabrik weiden läßt.
- Die Bleikonzentration in Pflanzen in der Nähe einer bleiverarbeitenden Industrie betrug das 20-fache der „normalen" Menge – gemeint ist hier auch Getreide.

Dies stellt nur einige wenige Gefahren dar, die vorkommen können, – in unserem in Töging geplanten Betrieb selbstverständlich nicht. Die Stoffe, die diese Schäden bewirken könnten, haben unsere Techniker und Ingenieure sicher unter Kontrolle, behaupten jedenfalls wir. Die Mehrzahl der Blei-Wissenschaftler sind zwar anderer Meinung, aber das braucht Sie ja weiter nicht zu beunruhigen. Überlassen Sie die ganzen Probleme lieber uns und bewahren Sie Ihre Ruhe und schonen Ihre Nerven. Sie müssen nämlich auch sehen, daß wir Ihnen bereits in der Anfangsstufe 150 todsichere Arbeitsplätze beiten, aber aus den Erfahrungen in unserem Münchner Betrieb könnten wir Ihnen zusichern, daß diese Chance von weit mehr als 150 Arbeitern genutzt werden kann, da sie sich bestimmt werne nach einem halben Jahr ablösen lassen.

Wir hoffen, daß wir Ihnen damit eine kleine Freude bereitet haben, und daß Sie die Argumente gegen uns möglichst bald vergessen!

Hochachtungsvoll!

Chemische Werke München, Otto Bärlocher GmbH, 8 München-Moosach, Riesstraße 16, Telefon 089/141780"

Bärlocher will nichts mit diesem Flugblatt zu tun gehabt haben. Die Chemiefirma hat zusammen mit der Stadt Tögingen gegen die Urheber dieses unerhörten Flugblattes Anzeige wegen Verleumdung erstattet. Na so was!

COMMERZBANK KÜNDIGT LINKE KONTEN – WIR AUCH

FRANKFURT (ID) 17. März Anfang März kündigte die Commerzbank der Karl-Marx-Buchhandlung, der Sozialistischen Verlagsauslieferung und dem Verlag Roter Stern die Konten. Auch auf Anfrage wurden für diesen Schritt keine Gründe angegeben.

Es ist allerdings offensichtlich, daß die Commerzbank, in deren Vorstand eine Reihe von CDU-Mitgliedern sitzen, auf diesem Weg versucht, dem linken Buchhandel das Leben schwerer zu machen. Die Maßnahme reiht sich zwanglos in die eben ausgebrochene Raubdruckhysterie und die 88a-Gesetzgeberei ein.

Der AStA der Frankfurter Universität kündigte in einem Offenen Brief an die Commerzbank die Auflösung seines und des Kontos der Stiftung Studentenhaus an. In dem Brief heißt es: „Ihre Vorgehensweise ähnelt stark der im Faschismus gegenüber einer anderen Minderheit angewandten Methode: wir meinen damit den Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen gegenüber den Juden und das Kennzeichnen mit einem gelben Stern."

Linke Betriebe, Gruppen und Individuen, die Konten bei der Commerzbank unterhalten, sollten sich überlegen, ob sie nicht – unter ausdrücklichen Hinweisen auf das Verhalten dieser Bank – diese auflösen.

SETZT DER BÖRSENVEREIN WANZEN AUS ?

GIESSEN (ID) 17. März Letzten Donnerstag fanden Mitarbeiter des Prolit-Buchvertriebes im Büroraum der Firma ein zwischen Gardinenstange und Ofenrohr verstecktes Abhörgerät (im Volksmund „Wanze"). – etwa streichholzschachtelgroß. Sie entfernten die Batterien, machten es dadurch sendeunfähig und verständigten den Rechtsanwalt der Firma.

Bemerkenswert ist, daß die Kriminalpolizei bei ihrer gründlichen, fast ganztägigen Durchsuchung des Prolit-Buchvertriebes zwei Tage zuvor die Wanze nicht fand (siehe auch ID 116). Bemerkenswert weiter, daß am 19.2. die Mitarbeiter des Prolit-Buchvertriebes die große – normaler weise mit einem Vorhängeschloß gesicherte – Hintertür des Prolit-Buchvertriebes ungesichert und halb offen vorfanden. Das Schloß war nicht mehr auffindbar. Erwähnenswert ist, daß es in einem Artikel „Verlage greifen zur Selbsthilfe" in einer Fachzeitschrift für Buchhändler unter anderem heißt, daß der Börsenverein des Deutschen Buchhandels nunmehr bei den Ermittlungen gegen „Raubdrucke" zweigleisig fahren will, denn: „Neben den offiziellen Ermittlungswegen will man auch in einer Art „Aktion Selbsthilfe" eine Detektivagentur einschalten. Sicherlich deshalb, weil Detekteien in ihrer Ermittlungsarbeit effektiver und „flexibler" sein können." Dies sei zwar nicht ganz billig – ca. 20.000 Mark, aber habe Chancen auf Erfolg. Etwa 30 Verlage würden sich beteiligen.

Der Prolit-Buchvertrieb und die Deutsche Bundespost haben Strafanzeige erstattet. Der Prolit-Buchvertrieb setzt einen Betrag von DM 500 für Hinweise aus, die zur Ergreifung und rechtskräftigen Verurteilung desjenigen führen, der die am 11.3. in den Betriebsräumen aufgefundene Wanze gesetzt hat. Er fordert die in der Buchhandleszeitung „Buchmarkt" genannten Verlage und den Börsenverein des Deutschen Buchhandels auf, sich von diesem Vorgehen entscheiden zu distanzieren und zwar nicht nur durch billige Worte sondern durch Aufdeckung aller Handlungen der von ihnen engagierten Detektei.

ASTA KLAGT FÜR NIEDRIGERE STUDENTENWERKSBEITRÄGE

KASSEL (ID) 9. März Der Asta der Gesamthochschule Kassel hat sich der Kampagne der Gießener Studenten angeschlossen, und mit ca. 150 Studenten Widerspruch gegen den ungerechtfertigt hohen Studentenwerksbeitrag von 50 Mark eingelegt.

Es ist anzunehmen, daß sich das Kasseler Verwaltungsgericht an den Urteilen des Darmstädter VG im Falle Giessen orientieren wird. Wurden in der ersten Instanz 36,60 Mark als angemessener Studentenwerksbeitrag für die Gießener Studenten festgesetzt, forderte das gleiche Gericht nach vier Monaten nun 50 Mark.

Von daher fordert der Asta die Studenten auf, die Studiengebühren zu überweisen mit dem Vermerk „mit Vorbehalt auf gerichtliche Entscheidung" um finanziellen Benachteiligungen einer nachträglichen Immatrikulation zum Sommersemester 1976 aus dem Wege zu gehen.

GUTENBERGSTRASSE 6 WIEDER BESETZT

GIESSEN (ID) 16. März Der Universitätspräsident muß die Gutenbergstraße 6 wieder beheizen (siehe auch ID 112). Dieses Urteil fällte das Amtsgericht Gießen auf Antrag eines Bewohners der Gutenbergstraße 6 und hob damit die seit dem 22.1.76 von der Universität verhängte Heizungssperre auf.

Wegen der seit Ende Januar andauernden Heizungssperre hatte ein noch nicht rechtskräftig verurteilter Bewohner der Gutenbergstraße 6 beim Amtsgericht Gießen eine einstweilige Verfügung erwirkt, durch die der Universitätspräsident verpflichtet wurde, zum Zwecke der Beheizung den Heizungskeller in der Gutenbergstr. 6 zu öffenen. Da der Universitätspräsident den für den Ankauf von Öl notwendigen Zollschein jedoch nicht herausgab, konnte trotz der einstweiligen Verfügung die Heizung nicht in Gang gesetzt werden.

Gegen diese einstweilige Verfügung vom 30.1.76 hatte die Universität Widerspruch eingelegt.

Mit dem jetzt ergangenen Urteil wies das Amtsgericht den Widerspruch des Universitätspräsidenten nicht nur zurück, sondern erweiterte die bislang wirkungslos gebliebene einstweilige Verfügung zugunsten des klagenden Studenten um wesentliche Punkte.

Der Universitätspräsident wird unter Androhung „eines Zwangsgeldes bis zu 50.000 Mark" verpflichtet, „ mit dem Zoll- und Bezugsschein Öl für das Haus Gutenbergstr. 6 zu erwerben, dieses in die dortige Heizungsanlage einzufüllen, die Heizung in Gang zu setzten und bis zur Vollstreckung aus dem Räumungsurteil des Amtsgerichts Gießen jegliche Besitzstörung, insbesondere durch Abstellen der Heizung, zu unterlassen."

Zur Begründung führt das Amtsgericht Gießen aus, daß der Universitätspräsident dadurch, daß er die Heizungsanlage nicht weiter betreibt, „verbotene Eigenmacht gegangen" habe. Es müsse berücksichtigt werden, daß dem klagenden Bewohner nicht damit gedient ist, daß er möglicherweise sein Zimmer mit einem Heizöfchen beheizen kann. Der Bewohner benötige, wie er vorgetragen hat, auch heißes Wasser zum Waschen und Duschen, das er vorher gehabt hat, bevor die beklagte Universität durch Einstellung der Heizung seinen tatsächlichen Besitz gestört hat. Die Anordnung im vorliegenden Urteil sei insoweit etwas weitergehend, als die ursprüngliche einstweilige Verfügung, als das Gericht nunmehr auch auf den Zoll- und Bezugsschein für Öl Bezug nimmt. Diese Maßnahme scheine aber deshalb gerechtfertigt, betont das Gericht, weil die einstweilige Verfügung am 30.1.76 praktisch dadurch von der Universitätsverwaltung umgangen worden sei, daß dem klagenden Bewohner der Zoll- und Bezugsschein verweigert wurde. Die Beheizung des Hauses stehe aber in einem engen Zusammenhang mit diesem Schein, der auf die Universität ausgestellt ist. Die Universität, so schließt die Begründung, ist zur Beheizung bis zu dem Zeitpunkt verpflichtet, in dem auf ihr Betreiben aus dem Räumungsurteil vollstreckt wird.

Der Allgemeine Studentenausschuß sieht in der Tatsache, daß der Universitätspräsident durch Androhung eines Zwangsgeldes in Höhe von 50.000 Mark zur Erfüllung seiner Rechtspflichten gezwungen werden muß, ein beschämendes Zeugnis für die unsoziale Politik der Universitätsleitung. Im Winter fünf Wochen lang die Heizung zu sperren, sei ein, so Asta-Vorsitzender Funck, fast beispielloser Fall skrupelloser Vermieterpraktiken. Darüberhinaus werde es unerträglich, zur Durchsetzung selbstverständlicher Rechte immer wieder vor die Gerichte ziehen zu müssen.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß wegen der willkürlichen Heizungssperre in der Barracke in der Gutenbergstr. 6 Heizkörper aufgefroren sind. Den Hausmeister trifft dafür keine Schuld. Die Verantwortung für diesen Schaden hat allein die Universitätsleitung mit ihrem abwegigen Verhalten zu tragen.

Angesichts der schlechten Wohnsituation für Studenten in Giessen unterstützt der Allgemeine Studentenausschuß weiter die Forderung der Bewohner der Gutenbergstr. 6, das Haus weiter als Wohnraum benutzen zu können. Der AStA fordert den Universitätspräsidenten auf, neue Mitverträge über die Gutenbergstraße abzuschließen.

FAHRPREISERHÖHUNGEN IN BERLIN

WESTBERLIN (ID) 17. März

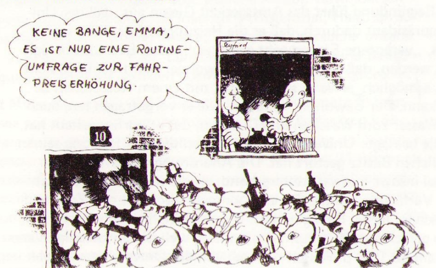
Am 1. März traten bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) die neuen Tarife in Kraft. Die Berliner Bevölkerung, die sich in letzter Zeit fast an Gebührenerhöhungen gewöhnt hatte, stand dieser Tatsache zum Großteil eher resigniert gegenüber.

In der Stadt wurden schon vorher Plakate geklebt und Parolen gesprüht. Der „Piratensender Unfreies Westberlin" (PUW) sendete Verbrauchertips zum Fahrpreisboykott und zu r Beschädigung von Fahrpreisautomaten. Nach einer Viertelstunde verabschiedete sich der Sender bis zu seiner nächsten Sendung. Schwerhörig müssen Post und Polizei gewesen sein, weil sie nach offiziellem Statement den Sender kaum empfangen konnten.

Am 25. Februar rief der Landesschülerausschuß (LSA) unter der Parole „Keine Fahrpreiserhöhungen" zu einer Protestdemonstration auf. Er kamen ca. 2.500 Leute. Bis zur Abschlußkundgebung blieb alles recht friedlich, doch dann wurden zuerst vereinzelt, dann häufiger mit Farbeiern, Steinen und bald auch Mollis geworfen.

Zum ersten Mal in Berlin setzte jetzt die Polizei Wasserwerfer mit Tränengasgemisch gegen die Demonstranten ein. In den darauffolgenden Tagen wurden die U-Bahn-Ausgänge sowie die Stationen von Polizei überwacht. Kontrolleure treten seitdem nur noch in Dreier- oder Vierergruppen auf.

Am 1. März war vom KBW noch eine Demonstration angekündigt, zu der allerdings nur noch 1.000 Leute erschienen. Die Polizei kontrollierte viele Demonstranten schon auf dem Anmarsch und hielten die Demonstration ständig von starken Kräften umzingelt. Nach der Abschlußkundgebung wurden nicht nur Demonstranten sondern auch zahlreiche Passanten verhaftet.



Übrigens noch'n kleines Rechenexempel: Schwarzfahren ist billiger geworden: konnte/mußte man (frau) bisher ca. 34 mal schwarzfahren, um sich einmal erwischen lassen zu können, ist es jetzt schon nach 20 Fahrten billiger, schwarzgefahren zu sein.

PIRATENSENDER UNFREIES WESTBERLIN

WESTBERLIN (ID) 17. März

Der PUW wird sich jetzt in regelmäßigen Abständen melden. In Zukunft wird alle 14 Tage zu aktuellen Sachen Stellung genommen, die in anderen Sendern unterdrückt werden oder am Papierkorb nicht vorbeikommen. Seit der letzten Sendung ist der Sender so verbessert, daß er jetzt auf einer Fläche von 150 qkm von ungefähr einer Million Leute empfangen werden kann. Die Sendezeiten werden im Info-Bug angekündigt.

POLIZEI-EINSATZ BEIM JUZ-FEST
TRÄNENGAS – KNÜPPEL – FESTGENOMMENE – VERLETZTE

FRANKFURT (ID) 17. März

Während eines Festes am Freitag, dem 12. März 76, in der Sozialstation am Rohmerplatz, nachdem das Walde-Theater gespielt hatte, wurde folgendes beobachtet:

Mehrere Streifenwagen der Polizei riegelten den Rohmerplatz von den Seitenstraßen her ab. Ein Streifenwagen fuhr einmal rund um den Rohmerplatz und parkte dann auf dem Hof der Sozialstation. Mehrere Beamte stiegen aus, bildeten eine Kette vor dem Aufgang zur Freitreppe und versperrten damit den Ausgang. Die Polizisten kontrollierten bei einigen Personen, die sich auf demWeg nach Hause befanden, die Ausweispapiere, ohne einen Grund dafür anzugeben.

Wegen einiger Flaschen, die plötzlich auf den Hof der Sozialstation flogen, alarmierten die Beamten das um die Ecke stehende Überfallkommando. Ungefähr nach zwei Minuten stürmten 40 bis 50 mit Schlagstöcken und „Chemical-Mace" (hautkrebserregendes Tränengas) bewaffnete Polizisten die Freitreppe hinauf und drangen unter Gewaltanwendung in die Räume der Sozialstation ein.

Mehrere Versuche des Verantwortlichen für die Veranstaltung, mit der Polizei ein klärendes Gespräch herbeizurühren, schlugen fehl : er wurde gewaltsam festgenommen.

Die berechtigten Fragen der Gäste, nach dem Grund der Festnahme, wurden mit Tränengas und Knüppelhieben beantwortet. Weitere zwei Personen, die wie viele andere durch das brutale und unkontrollierte Vorgehen der Beamten zum Teil erheblich verletzt wurden, wurden vom Einsatzleiter der Polizei, Becker, als Rädelsführer aus der Menge herausgegriffen, in den Mannschaftswagen geprügelt und zum Revier gebracht, wo sie sich weiteren Mißhandlungen sowie einer Blutprobe unterziehen mußten.

Zwei der Festgenommenen sind noch in derselben Nacht entlassen worden, der dritte erst in den Mittagsstunden des darauffolgenden Tages. Alle drei haben mit Anzeigen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung zu rechnen.

Ähnliche Vorfälle , wie der Einsatz der Polizei mit dem erwähnten Tränengas gegen Kinder am Hessenplatz während einer Spielplatzaktion, sowie das Vorgehen eines MP-bewaffneten Polizisten gegen Kinder, die am 1.-Mai-Fest 1975 im Bernuspark (Schloßpark) Kartonreste verbrannten und darüber ihre Würstchen grillten, und die mit der gleichen Taktik geplante Polizeiaktion gegen das von der Stadt unterstützte Jugendzentrum Bockenheim, sind den Bürgern Bockenheims hinlänglich bekannt. Für die Bockenheimer Jugendlichen stellt sich nun die Frage, wie sie in Zukunft ihre Freiz[eit] ohne diese gewaltsamen Polizeieinsätze, deren Verlauf von Polizei und Presse immer falsch und verdreht dargestellt werden, verbringen können.

Mehrere Bockenheimer Bürger, die am Rohmerplatz wohnen, sagten uns nach dem Polizeieinsatz, daß sie erst durch den hierbei entstandenen Lärm aus dem Schlaf gerissen wurden, während sie von der Musik unserer Veranstaltung, die ja nach Angaben der Polizei erst den Einsatz erforderte, nichts gehört hätten.

(verantwortlich: Jugendzentrum Bockenheim)

NACHRICHTEN AUS DEN JUGENDZENTREN DER PROVINZ LÜNEBURGER HEIDE

UELZEN (ID) 9. März

Vorbemerkung: Die Initiative unabhängiges Jugendzentrum (IUJZ) Uelzen gibt es seit Sommer 1972. Aus einer vagen Vorstellung entwickelte sich in einer Gruppe von Leuten der Kampf für ein Jugendzentrum. Bemerkenswert daran ist, daß diese Gruppe nie von einer politischen Partei getragen wurde, sondern stets Anhänger sämtlicher Parteirichtungen (von der Jungen Union bis zur KPD/ML) in sich vereinte, und daher kontinuierlich für das Ziel Jugendzentrum (JZ) arbeiten konnte. Als im Sommer '74 der Sprecher der Initiative seine Wohnung aufgab, die als Versammlungs- und Arbeitsraum gedient hatte, wurde von der Stadt, die

zu diesem Zeitpunkt den Neubau eines JZ in Aussicht gestellt hatte, die Bereitstellung eines Hauses als provisorisches Jugendzentrum (PJZ) gefordert. Nach nervenzermürbender Suche der Initiative nach einem Haus, Kaffeetrinken beim Stadtbauamt, um nebenbei zu erfahren, wo Häuser frei sind, täglichem Vorsprechen beim Dezernenten für Jugend und Sport und ständigem Absuchen der Stadt nach leeren Häusern wurde im Herbst '74 eine leerstehende Lagerhalle („Detelhalle") besetzt, wovon die Stadtverwaltung allerdings nichts merkte. Nachdem in der Tageszeitung ein von der Initiative in Zusammenarbeit mit einem Redakteur geschriebener Bericht erschien, wurde der IUJZ bald darauf eine leerstehende Baracke im ehemaligen Notaufnahmelager zu einem Drittel zur Verfügung gestellt, mit dem Hintergedanken, die Detelhalle wieder zu schließen. Etwa 200 qm Arbeitsfläche. Das war im Dezember 1974.

Danach schwieg die Lokalzeitung, die „Allgemeine Zeitung" (kurz: AZ). Sie schwieg weiterhin über das Jugendzentrum trotz der vielfältigen Arbeit, die im PJZ geleistet wurde. Von der Initiative wurde der Bezirksjugendtag in Wolfsburg ' 74, das Jugendzentrumstreffen '75 in Lüchow, JZ-Seminare seit drei Jahren jährlich, (eintrittsfreie) sogenannte Open Luftivals (mit fünf bis sieben Gruppen) und Flohmärkte veranstaltet. Darüberhinaus vielerlei Sozialarbeit in Uelzen geleistet.



Bis eines Tages, am 10. Februar, die Uelzener Kripo nach drei abgängigen Jugendlichen im PJZ forschte. Die dort herrschenden Zustände lagen den Kripo-Herren aber so im Magen, daß sie das Gesundheitsamt benachrichtigten, das in Einklang mit der Stadtverwaltung und auch der Initiative das PJZ vorläufig zur Renovierung schloß.

Was war geschehen: in Uelzen gibt es eine ziemlich große Gruppe obdachloser Jugendlicher, die von zu Hause ausgerissen sind, keine Arbeit haben oder Freaks aus Prinzip sein wollen. Diese hatten sich in oben erwähnter „Detelhalle" einquartiert und so wenigstens nachts ein Dach über dem Kopf. Tagsüber hielten sie sich in der „Künstler-Klause" eines Kaufhauses auf, bis die wegen einiger Randaliererеien geschlossen wurde. Wenig später wurde auch die Detelhalle, die doch nicht von der Stadt geschlossen worden war, von ihr einbruchsicher gemacht, so daß die obdachlosen Leute ihre Schlafstatt ins PJZ verlegten. Weil dort jedoch nachts abgeschlossen war, mußten sie einbrechen und hinterließen dadurch einige Verwüstungen. Die Initiative war selbst auch nicht stark genug, sich mit den Leuten eingehend zu befassen, im PJZ ging also einiges schief.

Zu diesem Zeitpunkt kam also die Kripo – und vor allen Dingen die AZ. Der zuständige Redakteur berichtete in vier Lokal-Titelstories über das PJZ. Dabei hat er nicht nur die Emotionen der Leute geschickt geweckt, die schon immer im PJZ eine Brutstätte des Lasters gesehen hatten, vor allen Dingen hatte er wider besseres Wissen die Selbstverwaltung verurteilt und als gescheitert bezeichnet. Der Stadtjugendpfleger und die Stadtverwaltung stellten sich zwar sofort hinter die Initiative, die Berichterstattung in der Zeitung drohte die Sache jedoch zu einem Politikum zu machen. Zahlreiche (unqualifizierte) Leserbriefe bewiesen dies.

So lud die Initiative zu einem Podiumsgespräch ein, um mit Vertretern der Bezirksregierung, der Parteien und mit einigen Betroffenen über das Problem PJZ zu sprechen. Folgende Punkte sollten vordringlich geklärt werden: 1. Wie kommt die Kripo dazu, die Zustände im PJZ so aufzubauschen (wo sie doch nicht einmal in der Lage war, das PJZ vor „Einbrechern" zu schützen). 2. Welche Verantwortung hat die AZ, derartig negativ über PJZ und Selbstverwaltung zu sprechen? 3. Was gedenkt die Stadt mit dem PJZ weiterhin anzufangen?

Die Podiumsdiskussion am 4.3. wurde gründlich vorbereitet. Es wurde eine Wandzeitung mit Stellungnahmen zu den Artikeln und Leserbriefen erstellt, Plakate zu Veranstaltungen, die von der AZ nicht erwähnt worden waren, waren ausgehängt, Selbstverwaltungsmodelle und Forderungen plakativ dargestellt. Die Veranstaltung wurde ein voller Erfolg. Etwa 120 Leute, meist Jugendliche, waren erschienen, aber auch alle fürs Podium eingeladenen Leute von Regierung, Parteien und Stadtverwaltung, sowie die Leserbriefautoren, die in der Stadt eh schon wegen ihrer massenhaften „unqualifizierten" Äußerungen bekannt waren. Die Diskussion war nach nach drei Punkten unterteilt: 1. Stellungnahme zur AZ-Berichterstattung 2. Erläuterung und Diskussion der Selbstverwaltung 3. Zukunftsaussichten.

Der Redakteur der Zeitung hatte einen schweren Stand. Zum einen mußte er sich nachweislich ungenaue Recherchen nachweisen lassen. (Vertreter der Initiative waren von ihm nie befragt worden) Zum anderen warf man ihm mangelnde Verantwortung in der Berichterstattung vor. Bezirksjugendpfleger Bock unterstellte ihm, aus schwarz weiß zu machen, im PJZ Zustände wie Sodom und Gomorr gemalt zu haben und sich darüberhinaus Praktiken bedient zu haben, die an vergangene Zeiten erinnern. Die Berichterstattung in der Zeitung hätte das Thema PJZ kaputtmachen können ...

Zum Thema Selbstverwaltung wurden Freunde vom JZ Wolfsburg eingeladen. Sie praktizieren dort folgendes Modell der Selbstverwaltung: Aus den Interessengruppen im JZ bildet sich die Vollversammlung, die dem Aktionsrat (gewählte Vertreter aus dem JZ) Weisungen gibt. Zwei Sozialarbeier der Stadt, die aus der städtischen Weisungsbefugnis herausgenommen sind, bilden Berater für den Aktionsrat, so daß städtische Einflußnahme dort ausgeschlossen ist (das ist rechtlich praktikabel). Gleichzeitig sind sie noch Kontaktpersonen. Der Aktionsrat steht in Verbindung mit dem Jugendamt, dem Rechnungsprüfungsamt und der Stadtkasse, die über ein Konto dem JZ zweimonatlich 5.000 Mark zur Verfügung stellt. Die Abrechnung des jährlichen Zuschusses erfolgt nur nach Richtigkeit der Berechnungen. Die finanzielle Unterstützung wird im ganzen unbürokratisch gewährt (Wohlgemerkt: Wolfsburg ist reich!).

Die Wolfsburger meinten dann noch, wer die IUJZ Uelzen in die Pfanne haut, schlägt der gesamten Jugendzentrumsbewegung ins Gesicht. Zukunft: nach einem Beschluß des Rates der Stadt Uelzen wird das Jugendzentrum gebaut. Finanzieller Aufwand derzeit 934.000 Mark. Das „Wann" ist allerdings fraglich, da noch bestimmte Mehrkosten bewilligt werden müssen. Folgende Forderungen wurden an die Stadt gestellt: Einstellung eines Sozialarbeiters auch schon für das PJZ, größere finanzielle Unterstützung, langfristig die Einrichtung eines „sleep in", eines Einschlafhäuschens für obdachlose Jugendliche, das von der Stadt getragen wird, aber auch selbstverwaltet ist. Noch langfristiger wird die Möglichkeit diskutiert, Stadtteilzentren in Uelzen und Ortszentren in den eingemeindeten Dörfern zu errichten. Ein Hauptzentrum mit großem Saal für Veranstaltungen soll dann den Mittelpunkt bilden.

Informationen zu Uelzen: Provisorisches Jugendzentrum, Bohldamm-Baracke 14 b, 3110 Uelzen 1
Spendenkonto: Kreissparkasse Uelzen Nr. 200 972.

Demnächst wird eine Sondernummer der Zeitung „der gute Uelzer" zu den Vorfällen im PJZ erscheinen. Zu beziehen: siehe oben. Das Jugendzentrum Wittingen (siehe ID 108) ist wieder offen, Bedingung der Stadt dort: geregelte Öffnungszeiten.

GEWALTSAME RÄUMUNG DER ENKHEIMER TEESTUBE

BERGEN-ENKHEIM (ID) 16. März

Am 1. Februar ist im ehemaligen Jugendcafé „Schafott" (das vor zwei Jahren geschlossen wurde) im Keller der alten Enkheimer Schule, in der heute die Polizeidienststelle und städtische Räume sind, eine Teestube in Selbstverwaltung eröffnet worden. Andere Freizeitmöglichkeiten sind in Bergen-Enkheim, einem Vorot von Frankfurt, arg rar. Die Initiative Teestube, von der Stadt anerkannt und finanziert, legt in ihrem Konzept fest, daß ohne Alkohol und bei leiser Musik eine ruhige Unterhaltungsatmosphäre geschaffen werden soll. Die Verantwortlichkeiten und die Stellung des städtischen Sozialarbeiters werden z.Zt. noch mit der Stadt geklärt. Bis Montag, 8.3., verlief der Teestubenbetrieb ohne Zwischenfälle.

Erst am Samstag zuvor hatten die diensthabenden Polizisten bemerkt, daß sich unter ihren Diensträumen eine städtische Teestube befindet. Während der normalen Öffnungszeit (19 Uhr bis 23 Uhr 30) am Montag, 8.3.76, fand in einem Nebenraum der Teestube eine Geburtstagsfeier statt. Gegen 21 Uhr gab ein Polizeibeamter den Anwesenden bekannt, daß wegen ständigen Lärms, der die Arbeit der Beamten seit Monaten (!) erheblich beeinträchtigen würde, um 22 Uhr 30 die Teestube durch das Überfallkommando geräumt werde. Um 23. Uhr 10 erschienen wiederum zwei Bamte und drohten noch einmal die Räumung an, falls die Anwesenden nicht innerhalb von zehn Minuten gehen würden. Um 23.30 Uhr (zur offiziellen Schließungszeit) waren die Besucher bereits im Aufbruch, sechs Mitglieder der Teestuben-Initiative waren noch mit Aufräumen beschäftigt. Ein Mitglied befand sich beim Eintreffen von sechs Beamten an der Eingangstür. Zur „Begrüßung" drückte ihm ein Beamter eine glühende Zigarette im Gesicht aus. Die sechs Leute im Teestubenraum wurden gewaltsam rausgeworfen, ohne die die Möglichkeit zu haben, ihre Mäntel mitzunehmen.

Einige Leute verlangten die Dienstnummern verschiedener Beamter, worauf ein Beamter einem Mitglied der Teestuben-Initiative mit dem Gummiknüppel über den Kopf schlug. Einem anderen schlug ein Polizist die Eingangstür aus Stahl gegen den Kopf, worauf dieser zusammenbrach. Der wiederholten Aufforderung, einen Krankenwagen zu holen, kamen die Beamten nicht nach. Ein Freund, der dem Verletzten helfen wollte, wurde gewaltsam daran gehindert und abgeführt. Der Verletzte folgte ihnen in das Revier, um wiederum die Dienstnummer des Beamten zu erfragen. Den anderen Personen wurde die Tür zum Revier zwar geöffnet, man drängte sie aber sofort wieder gewaltsam aus dem Treppenhaus. Draußen ließen sie sich in lauten Rufen über die Polizei und ihr Verhalten aus.

In der Polizeistation wurden folgende Dienstvorschriften verletzt : Unterlassung ärztlicher Hilfeleistung, Verweigerung der Angabe der Dienstnummer trotz wiederholter Aufforderung. Die beiden Personen wurden von den Beamten provoziert, beleidigt und bedroht. Als der Verletzte sich über seine Schmerzen beklagte, drohte ein Beamter: „Wenn du nicht gleich ruhig bist, geb ich dir Grund zum Jammern."

Schließlich wurde der Verletzte herausgelassen und von Besuchern der Teestube ins Krankenhaus gebracht. Der ärztliche Befund ergab: „Schädelprellung, oberflächliche Hautabschürfung und Verbrennung (Zigarette)."

Gegen 24 Uhr trafen mehrere VW-Busse und ein Mannschaftswagen der Polizei ein. Als auch die zweite Person entlassen worden war, begaben sich die Mitglieder und Besucher der Teestube auf den Heimweg. Einige Straßen weiter wurden sie von Beamten in VW-Bussen und Streifenwagen aufgehalten, ihre Personalien wurden festgestellt und aufgeschrieben. Einigen L ten wurde mehrfach mit Gewalt gedroht. Die Beamten kündigten Anzeigen wegen Hausfriedensbruch und nächtlicher Ruhestörung an.

Das hier dargestellte Vorgehen der Polizei begründet sich allein auf dem Vorwurf der Lärmbelästigung. Eine Rücksprache ergab jedoch, daß Anwohner sich nicht beschwert hatten.

Am 10. März erschien dann in der Frankfurter Rundschau folgender Bericht: „Jugendliche kontra Polizei, Bergen-Enkheim. Mehr als zwei Dutzend Jugendliche haben in der Nacht zum Dienstag das Polizeirevier in Bergen-Enkheim zu stürmen versucht. Der Angriff richtete sich gegen die eigenen Nachbarn, kamen die jungen Leute doch aus dem Jugendclub, der sich unterhalb der Wache befindet. Dort waren kurz zuvor Ordnungshüter aufgetaucht, um die Jugendlichen zur Ruhe zu ermahnen. Angesichts der daraufhin etwa 30 protestierenden jungen Bergen-Enkheimer holte die Polizei Verstärkung aus Frankfurt, bevor sich die Konfrontation in Wohlgefallen auflöste."

Inzwischen hat die Polizei auf ihrem Revier die Phonzahl geprüft. Fazit: eine Beschwerde über zu große Lautstärke kann nicht vorgelegen haben. Die Polizei versucht jezt, den Jugendlichen einen Kuhhandel anzubeiten. Sie will die Anzeigen gegen die Jugendlichen zurücknehmen, falls diese dasselbe tun.

BRANDANSCHLAG AUF JUGENDZENTRUM

DARMSTADT (ID) 11. März

In der Nacht vom 14. auf den 15. Februar brannte das Zentrum des Bundes Demokratischer Jugend (BDJ) in Darmstadt zum T aus. Der Brand ging von einem Raum aus, in dem keine Öfen angeschlossen waren und der seit längerem überhaupt nicht benutzt worden war.

Laut Zeugenaussage eines Hausbewohners, der um 4 Uhr nachts nach Hause kam, brannte zu dieser Zeit in zwei Räumen Licht und ein unbekannter Mann hielt sich im Zentrum auf. Nachweisbar war zu diesem Zeitpunkt kein BDJler oder eine uns bekannte Person im Zentrum. Die letzten BDJler hatten das Zentrum gegen 24 Uhr verlassen, nachdem sie das Licht gelöscht und die Türen versperrt hatten.

Allein diese Umstände deuten also auf Brandstiftung hin. Hinzu kommen zusätzlich weitere Indizien:

- So waren Plakate und Wandzeitungen im Zentrum von den Wänden gerissen;
- So wurden auf einer Couch in einem sonst vom Brand unversehrten Raum Brandspuren entdeckt;
- Nach Aussage eines Mitglieds waren alle Herdplatten angestellt.

Zudem hatten schon drei Tage vor dem Brand Faschisten die Wandzeitungen in den Fenstern des Zentrums, in denen u.a. zu einer Portugal-Solidaritätsveranstaltung aufgerufen wurde, mit NPD-plakaten überklebt.

Die herbeigerufene Kriminalpolizei erklärte allerdings „schadhafte elektrische Leitungen" zur Brandursache und lehnte jede Ermittlung in diese Richtung bis zur Drucklegung dieses Heftes als „unerheblich" ab. Mehr noch: Der Polizei-Fotograf benutzte die Gelegenheit, das übrige Zentrum und insbesondere die ersten Wandzeitungen zu diesem Vorfall mehr zu fotografieren als die Brandschäden (siehe auch ID 108).

EINE BREITE ABWEHRFRONT AUFBAUEN !

Gleich nach dem Brand hat der BDJ-Stadtkreis Darmstadt auf allen Ebenen versucht, eine möglichst breite Front zur Abwehr dieses Angriffes aufzubauen: Die benachbarten Bewohner wurden besucht und um Hilfe gebeten; Presseerklärung, Wandzeitung und Flugblätter wurden erstellt, ein Anwalt beriet uns.

Der wichtigste Schritt zur Abwehr dieses Angriffes, der ja vor allem die Einschüchterung der Mitglieder und Sympathisanten bezwecken soll, wird aber die politische Diskussion mit diesen sein.

Wie wichtig diese Diskussion für die Darmstädter BDJ-Gruppe ist, wird heute schon daran deutlich, daß sie mittlerweile aufgefordert ist, das Zentrum zu räumen und eine weitere Benutzung untersagt wurde! Es deutet einiges darauf hin, daß der Umstand des Brandes nun dazu benutzt werden soll, dem BDJ Darmstadt wesentliche materielle Grundlagen für seine Politik zu entziehen.

Spenden zur Unterstützung des BDJ Darmstadt bei der Abwehr solcher Angriffe werden wir gerne weiterleiten (BDJ, Konto: Postscheck Hamburg Nr. 281 266-207, Stichwort „Brandanschlag"). BDJ Darmstadt, Landwehrstr. 46.

KINDERSCHUTZZENTRUM IM ENTSTEHEN

BERLIN (ID) 11.März
In Berlin soll im Herbst das erste Kinderschutzzentrum entstehen, das heißt, ein Zentrum, an das sich Kinder, die von ihren Eltern mißhandelt werden, und Eltern selbst wenden können. In Angriff genommen wird dieses Kinderzentrum von einer „Arbeitsgruppe Kinderschutz", die sich dem Deutschen Kinderschutzbund angeschlossen hat. Die Arbeitsgruppe entstand vor über einem Jahr an der FU Berlin aus einem Seminar, hat das Buch „Gewalt gegen Kinder" herausgegeben und arbeitet seitdem an einem Konzept für das Kinderschutzzentrum. In einer Dokumentation schreibt die Gruppe:

„Die Aufgabe des Kinderschutz-Zentrums liegt nicht darin, die in Schwierigkeiten geratenen Menschen — Erwachsene und Kinder gleichermaßen — als „Kranke", „Nicht-Normale" bzw. als „Verrückte" zu behandeln. Es ist vielmehr die Aufgabe des Kinderschutz-Zentrums, die Betroffenen zu befähigen, im Kontakt mit anderen nicht zuletzt mit sachverständigen und ernsthaft engagierten Mitarbeitern, ihre Probleme aus eigener Kraft zu bewältigen. Es soll Hilfe dort leisten, wo der einzelne bzw. die Familie überfordert ist".

Das geplante Kinderschutzzentrum, das in einem Arbeiterbezirk entstehen soll, umfasst fünf Schwerpunktbereiche:

1. Melde- und Nothilfestelle, die Tag und Nacht erreichbar ist und in dringenden Fällen sofort konkrete Beratung und Unterstützung leistet. Erfahrungen in Holland und den USA haben gezeigt, daß durch eine solche Stelle, die völlig unabhängig von Behörden und Polizei arbeitet und ausdrücklich von Bestrafung absieht, die Zahl der Eltern, die sich selber wegen Kindesmißhandlungen melden, gestiegen ist. In der Nothilfestelle sollen ein Kinderarzt und drei Sozialarbeiter/Sozialpädagogen und ein Psychologe arbeiten.

2. Kindernotaufnahmestelle — hier können acht bis zehn Kinder in akuten Fällen vorübergehend zusammen mit einigen Erwachsenen wohnen, bis eine Lösung mit den Eltern oder eine Trennung der Kinder von der Familie diskutiert worden ist. In diesem Bereich arbeiten ein Psychologe, drei Erzieher, zwei Praktikanten.

3. Erziehungs- und Familienberatungsstelle — Kindesmißhandlungen sind nach übereinstimmenden Forschungsergebnissen eine Zuspitzung nicht bewältigter Konfliktsituationen, diese Konflikte sollen mit den Eltern in Einzel- und in Gruppenberatung diskutiert und gemeinsam angegangen werden. Wichtig dabei ist vor allem, die Isolation der Eltern aufzubrechen, Kindesmißhandlungen nicht als persönliches Verschulden, sondern als gesellschaftliches Problem zu begreifen und gemeinsame Lösungen für die Konflikte im Wohn-, Arbeits- und Familienbereich zu suchen.

4. Therapeutische Wohngruppe für Kinder, die aus dem familialem Lebenszusammenhang herausgenommen werden mußten. Gemeinsam mit den betroffenen Familien soll ein Neuanfang von hier aus angestrebt werden oder aber der endgültige Bruch vollzogen und mit der Wohngruppe eine längerfristige Alternative zur Familie aufgebaut werden.

5. Forschungs-, Dokumentations- und Weiterbildungstelle — hier soll weiter zu dem Problem Gewalt gegen Kinder geforscht und Material und Erfahrungen gesammelt werden, die dann anderen Projekten und Mitarbeitern im Sozialbereich zur Verfügung gestellt werden.

Obwohl für das Kinderschutz-Zentrum kein neues Haus gebaut werden soll und die Einrichtung aus alten Möbeln und Spenden aufgebaut werden wird, rechnet die Gruppe mit 1,5 Mio. DM Unkosten jährlich. Obwohl bisher fast allte Institutionen das Projekt vorbildlich geplant und absolut notwendig fanden, rückte bisher keine Stelle Geld heraus. Der Berliner Jugendsenat drückt sich davor mit dem Argument „Sparmaßnahmen" und verschließt durch seine Ablehnung auch den Zugang zu weitern Geldquellen. Über eine große Spendenaktion und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit versucht die Gruppe das Geld zusammenzubekommen. In jedem Fall soll die Arbeit im Herbst beginnen.

Kontaktadresse: Arbeitsgruppe Kinderschutz (M.Nowocki) im Deutschen Kinderschutzbund, 1 Berlin 38, Paul Krause-Str.3

Spendenkonto: Dt.Kinderschutzbund — LV.Berlin — Kinderschutzzentrum Postscheckkonto Berlin West 22281 - 108.

Die Dokumentation ist bei der Kontaktadresse zum Preis von DM 2,- zu bekommen, außerdem gibt's Plakate dazu.

AZ — DIE ANDERE ZEITUNG

FRANKFURT (ID) 15. März
Die AZ gibt „nicht-nur-Lesern" die Möglichkeit, über sich und ihre Probleme in der Massengesellschaft selber zu schreiben. Sie erscheint monatlich und versteht sich als Vorstoß, herkömmliche Methoden der Informationsvermittlung zu durchbrechen, die Unterscheidung von „schlauen Schreibern" und „dummen Lesern" abzubauen. Im Februar 1976 erschien die erste Ausgabe mit vielen Leserbeiträgen und zusammengestellt von den Mitarbeitern des AZ-Kollektivs, das sich aufgrund eines Aufrufs zur Mitarbeit der ehemaligen „Initiative Volkspresse" bildete.

Inhaltlicher Schwerpunkt ist die Auseinandersetzung mit den spätkapitalistischen Zuständen, gleichzeitig sollen aber auch Alternativen aufgezeigt und die persönliche Betroffenheit des Einzelnen geschildert werden.

Das AZ-Kollektiv untergliedert sich in Teilkollektive, die selbständig jeweils einen Themenbereich bearbeiten. Die Chance zur Mitarbeit steht in allen Bereichen offen.

Da die AZ sich nicht durch Anzeigen finanziert, wird das Gelingen und Weiterbestehen der Idee maßgeblich davon abhängen, inwieweit möglichst viele Leser aus ihrer Konsumhaltung herausfinden und sich als Mitmacher begreifen, die AZ als Plattform für ihr Streben nach Unabhängigkeit zu nutzen.

AZ - Die andere Zeitung, Alexanderstr. 49, 6000 Frankfurt 90 Tel.: 0611/789 166; Informationstermin: Mittwochs ab 19 Uhr.

„OFFENBACH AUF PLATTE"

OFFENBACH (ID) 16. März
Am 19.10. 1975 fand in der Offenbacher Stadthalle eine Solidaritätsveranstaltung mit dem spanischen Widerstand statt. Die 5.000 Teilnehmer protestierten gegen die Ermordnung der fünf spanischen Genossen im vergangenen Oktober. Von dieser Veranstaltung gibt es jetzt eine Doppel-LP; darauf sind: Moßmann, Tommi, Klaus der Fiedler, Eck, El Camperol, Amparo, Viglietti, Fried und das Franco-Lied von Biermann, dem die Ausreise aus der DDR zu dieser Veranstaltung verweigert wurde.

Der Erlös dieser Platte soll, wie die bisherigen Einnahmen von 23.000 Mark, den Angehörigen der hingerichteten Genossen und linken spanischen Organisationen zur Verfügung gestellt werden. Sie ist für 25 Mark im Handel erhältlich. Soweit sie dort nicht zu haben ist, Bestellungen an: Trikont Verlag, Josephsburgstr. 16, 8000 München.

SOLIDARITÄT MIT PORTUGALS LANDKOOPERATIVEN

BERLIN (ID) 15. März
Die Portugal-Landkooperativen-Gruppe, Berlin, hat eine Postkartenserie zu Portugal herausgebracht. Eine Serie enthält 16 Postkarten und kostet 5,5o DM. Der Reinerlös wird an verschiedene Landkooperativen in Portugal geschickt. (u.a. Casebres, Torre Bela usw.)

Bestellungen gegen Vorauszahlung, einschließlich Porto, an: Wolfgang Bischoff, Ku'damm 185, 1000 Berlin 15. Allgemeine Beamtenbank, Berlin Nr. 351 361, Stichwort „Postkarten". Porto für bis 30 Serien = 2,— DM und über 30 Serien = 3,50 DM.

RAT FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERER

MÜNCHEN (ID/AMS) 3. März
Am 13. Februar sprach Verteidigungsminister Leber vor dem Münchner Presseclub von einem Rückgang der Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer 1975 um 8 Prozent. Nach einer Veröffentlichung des Bundesministeriums für Verteidigung betrug der tatsächliche Rückgang 4,6 % gegenüber 1974 ... Absolut wurden im letzten Jahr 32565 Anträge gestellt.

Möglicherweise ist ein Teil des Rückgangs darauf zurückzuführen, daß Verweigerer mit der Abgabe ihrer Anträge warten wol-

len, bis das Prüfungsverfahren ausgesetzt wird. Vor dieser durch die Presse angeheizten Spekulation warnen die Organisationen der Kriegsdienstgegner (KDV) eindringlich. Das alte Gesetz ist voll in Kraft und wird verschärft hinsichtlich der Kontrolle der Ersatzdienstleistenden, die Verabschiedung des neuen Gesetzes ist angesichts der politischen Situation fraglich. In dieser Situation rät die „Zentrale für Recht und Schutz der KDV" in einer Erklärung vom 9.2.76:

„Was müssen Kriegsdienstverweigerer jetzt tun?

1. Den Antrag auf Anerkennung als KDV sollte jeder so früh wie möglich stellen, also zwischen Erfassung und Musterung.
2. Den Antrag sollte man sorgfältig begründen, mit einem Prüfungsverfahren rechnen und sich sorgfältig darauf vorbereiten.
3. Bei Ablehnung des Antrages muß man wie bisher Widerspruch einlegen, bei erneuter Ablehnung dagegen Klage einreichen.
4. Selbst bei rechtskräftiger Ablehnung darf man nicht auf eine Gesetzesänderung warten, sondern man sollte bei nächster Gelegenheit einen neuen KDV-Antrag stellen. Dazu unbedingt vorher gut informieren und beraten lassen durch KDV-Verband, kirchlichen Beauftragten für KDV oder Rechtsanwalt.
5. Da ein Drittel aller Zivildienstplätze unbesetzt sind, muß man mit schneller Einberufung nach der Anerkennung rechnen. Deshalb sofort eventuelle Zurückstellungen regeln oder einen Platz suchen.

Hat man Vor- oder Nachteile, wenn man mit dem KDV-Antrag wartet?

Wer durch Warten auf die angekündigte Gesetzesänderung um das inquisitorische Prüfungsverfahren herumkommen will, ist leichtsinnig. Er kann zur Bundeswehr eingezogen werden. Nach der Ankündigung der Einberufung ändert ein KDV-Antrag dann nichts mehr. Dann muß man trotzdem zur Bundeswehr und auch nach neuem Recht weiterhin vor einen Prüfungsausschuß. Die Ankündigung der Einberufung ist auch schon möglich, solange man noch wegen Schule oder Lehre zurückgestellt ist.

Wer sich jetzt als KDV meldet, hat keine Nachteile, falls das KDV-Recht geändert und das Prüfungsverfahren ausgesetzt wird. Der Antrag wird dann automatisch wie ein Antrag nach neuem Recht behandelt (kein Verfahren). Das gilt sogar, wenn er nach altem Recht abgelehnt wurde, aber Widerspruch eingelegt ist.

Wer vor einer eventuellen Änderung des KDV-Rechts anerkannt und zum Zivildienst einberufen wird, muß nur 16 Monate Zivildienst leisten. Im Gesetzentwurf zur Neuregelung des KDV-Rechts ist dagegen eine Verlängerung des Zivildienstes auf 18 Monate vorgesehen. Obwohl diese Verlängerung gegen Artikel 12a, Absatz 2 des Grundgesetzes verstoßen würde, hätte sie Gesetzeskraft, solange nicht das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit dieser Bestimmung feststellt. Deshalb sollte jeder KDV seinen Antrag lieber sofort stellen und um rasche Anerkennung und Einberufung zum Zivildienst bemüht sein.

Welche Änderungen gibt es bereits im KDV-Recht?

Im Blick auf die beabsichtigte Gesetzesänderung hat das Verteidigungsministerium zwei Übergangsregelungen getroffen. Danach sollen Kriegsdienstverweigerer, die ihren Antrag rechtzeitig gestellt haben, nicht vor der endgültigen Entscheidung darüber einberufen werden. Und es ist möglich, daß KDV in der Bundeswehr nur waffenlose Dienste leisten müssen, wenn der Waffendienst für sie eine unzumutbare Härte wäre. Was ist in solchen Fällen zu tun?

1. Wer einen KDV-Antrag schon gestellt hatte und trotzdem einberufen werden soll, kann dagegen Widerspruch einlegen und beantragen, daß die Einberufung wegen der Kriegsdienstverweigerung zurückgenommen wird. Notfalls kann man auch deswegen klagen.
2. Wer bereits einberufen ist, kann als KDV beantragen, daß er vom Waffendienst befreit wird, weil dieser für ihn eine „unzumutbare Härte" wäre. Der Antrag ist an den Disziplinarvorgesetzten zu richten. Vorher sollte man Truppenarzt, Vertrauensmann und Militärpfarrer um Unterstützung des Antrages bitten. Wird der Antrag abgelehnt, kann man den nächsthöheren Vorgesetzten anrufen und/oder den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages."

DOKUMENTE

„DIE SPD IN DER KRISE – UNSERE IDEALVORSTELLUNG"

BERLIN (LM/ID) 15. März

Innerhalb der undogmatischen Linken steht die Debatte über unser Verhältnis und Verhalten gegenüber den Bundestagwahlen (13. Okt.) zur Debatte. Erich Knapp, gefeuerter Botschaftssekretär, hatte in einem Offenen Brief (ID 115) seinen Nachweis der Unwählbarkeit der SPD zu einem Parteigründungsaufruf verdichtet. Aus ähnlicher Analyse entwickelt Fritz Lamm (Altgenosse, als aktiver Antifaschist im KZ, zuletzt Betriebsrat) eine andere Konsequenz: er argumentiert gegen eine linke Partei und für die DKP. Wir entnehmen den Diskussionsbeitrag dem Langen Marsch Nr. 20:

„Ich kenne Jochen Steffens Artikel im „das da" nicht, kann daher möglicherweise dem Genossen Erich Knapp etwas Unrecht tun, wenn ich mich nur auf den mir vorliegenden Brief berufe.

Irgendwo steckt bei allen Linken im Hinterkopf die Vorstellung, die SPD sei – doch – eine sozialistische Partei. Sie selbst betont, sie sei „Volkspartei" und „Partei der Mitte" (1793 im Konvent hieß die Mitte – die Gironde – „der Sumpf"). Durch ihre enge Verbindung mit den ebenfalls von Sozialismus freien Gewerkschaften ist die SPD bestenfalls genau das, was ihr Name sagt: eine soziale demokratische Partei (wobei „demokratisch" nicht den inneren Aufbau, sondern nur das Bekenntnis zum bürgerlichen Parlamentarismus bedeutet).

Die „Linke" in der SPD hat sozialistische Tendenzen, bleibt aber bestenfalls oppositionell, links: weil sie reformistisch ist.

Die Frage nach einer „neuen Partei" ist unabhängig von der SPD zu stellen:

1. War in der Wunderwirtschaftsepoche 1948 bis 1973 eine sozialistische Parei von einiger Größe in der Bundesrepublik möglich? (Die Antwort steckt schon in der nächsten Frage):
2. Wächst die Chance für eine sozialistische Partei nach 1973 in dem Maße, daß es jetzt notwendig wird, die Voraussetzungen dafür zu schaffen (im Sinne von Marx: die nur dann der Wirklichkeit entsprehen werden, – „wenn die Wirklichkeit sich auch unseren Gedanken nähert").

Die Linken bei uns sind immer noch (wofür es viele Gründe gibt: – ihre Ungeduld ist so verständlich, wie sympathisch) viel mehr Idealisten – als Histomatiker. Sie untersuchen nicht, 1. ob die SP nicht immer bestenfalls eine reformistische Lassalistische Partei war (– und vielleicht nur sein konnte –), 2. warum die SP ihren konsequenten Weg von 1906 (Parteitag) über 1914, 1918, 1933, 1945/48, über Brandt zu Schmidt gegangen ist.

Die Linken verwechseln immer ihr eigenes Bewußtsein mit dem der Arbeiterklasse, sie projizieren es auf diese – oder versuchen (mit jammervollen Ergebnissen) dieses in die Massen hineinzuprojizieren.

Im Innersten meinen sie eben, daß nur das Bewußtsein verändert werden müßte (und könnte), dann würde sich (oder man) die Revolution schon machen.

Während wir Linken der Arbeiterklasse vorschreiben wollen, was sie zu tun habe, übersehen wir

1. daß diese Klasse (sehr im Gegensatz zu Marxens Zeiten!) an Zahl – und damit an Kraftbewußtsein – abnimmt, obwohl die Zahl der Lohnabhängigkeiten ständig zunimmt. Im Gegensatz zur Frühepoche der industriellen Entwicklung haben heute die Verwalter in Industrie und Staat, also diejenigen, die nicht direkt Mehrwert erzeugen, – plus den sogenannten tertiären Schichten – die Mehrheit innerhalb dieser „werktätigen Masse".
2. daß es kein Zufall ist, daß – bleiben wir in der BRD – daß diese Lohnabhängigkeiten wählen gehen, also den Parlamentarismus für geeignet halten, sich auszudrücken und ihre Interessen zu vertreten – und daß sie (dank der langen Zeit der Wunderwirtschaft) etwa zur Hälfte SPD und zur anderen Hälfte CDU wählen (weil sie auch tatsächlich viel mehr zu verlieren haben, als nur ihre Ketten – oder doch sehr vergoldete und reichlich lange Strippen).

Gestern habe ich mir ein Fischer-Buch gekauft — ganz neu — mit dem Titel „Die SPD in der Krise" (habe es also noch nicht gelesen). Aber — wie falsch ist schon der Titel! —

Der SPD ist es seit 1913 nie so gut gegangen, wie zur Zeit — und wohl noch eine Zeit lang (was ich auch beklage, aberdoch erst verstehen muß, bevor ich die Möglichkeiten zu Veränderungen erspähe, um politisch wirksam eingreifen zu können). In der Krise ist unsere Idealvorstellung von einer SPD, ist die SPD, wie wir wünschten, daß sie sein sollte.

Im Rahmen der parlamentarischen Demokratie haben wir Linken ein völlig verschobenes — fast abstraktes — Bild. Alle Aufrufe der Intellektuellen Sozialisten — immer wieder von Abendroth bis Zwerenz — und seien es tausend erlauchte Namen, haben doch mehr uns selbst befriedigt, als die Massen bewegt. (Dies nur, weil es keine linke Partei gab? — und warum gibt es sie nicht?).

Ich sage damit keinesfalls, daß diese Aufrufe, daß unsere Bemühungen, unsere „Saaten auf steinigen Boden" völlig sinnlos seien: — ich meine das auch nicht, daß nicht eine sehr wichtige Rolle im Wechselspiel der Geschichte zwischen Führung und Massen besteht. Ich habe vor etwa einem Jahr in einer Diskussion in Hannover, die ziemlich durcheinander ging — und viel zu kurz war, um zu selbstkritischen Ergebnissen zu führen, die Frage nach der Gründung einer neuen Partei gestellt. Diese Diskussion ist — noch einmal grausam beschnitten und verkürzt — im „Jahrbuch 3" — (Arbeiterbewegung Fischer Taschenbuch Nr. 6609) abgedruckt. Ich meinte damit etwas ganz anderes, als möglichst bald einen Wahlverein zu gründen, der geeignet sei — wie Knapp meint — der SPD 2 % Stimmen wegzunehmen (was eine Illusion ist). — Dann sollte man lieber helfen, der DKP von 1% auf 3% zu helfen — und die „neue Parlamentspartei" stünde vielleicht zur Debatte, wenn die DKP mal an die — oder über die 5% hinauskäme — und dann wirklich auch Sprengkampf bei den Jusos auslösen könnte. Aber jetzt neben DKP, KPD, KBW — noch eine USP — gar schon zu den Bundestagswahlen aufmarschieren zu lassen, die eigene Linkszersplitterung und Linksschwäche damit noch mehr zu vergrößern, die wir gewinnen möchten und müßten, das ist doch Kakulores. Und gar noch mit der Knapp-Begründung, daß die Bundesrepublik sich bald in der Rolle Israels befinden könne; — selbst dann, wenn das auch nur irgendwo richtig wäre, wäre die Folge doch nur, — daß auch hier — wie in Israel, ein (fast preußischer) Untergangsimperialismus sich entwickelte: „Viel Feind viel Ehr" — „Siegen oder Untergehen", — aber das hat doch nun wohl mit internationalem Klassenkampf nichts mehr zu tun. (Im übrigen: wir stehen immer vor „unvorhergesehenen" Ereignissen, — eben wegen dieser schlauen Kurzsichtigkeit, von der ich vorher schon schrieb).

Ich bin ein großer Freund von scharfer Polemik. Ich halte die Polemik für die polit-journalistische Form (in der BRD gar nicht vorhanden, was ich bedaure), die geeignet ist, mehr Wirkung zu erzielen, an neu politisierte Menschen heranzukommen, als die akademischen Abhandlungen in denen wir Linken uns selbst befriedigen. Aber die Polemik ist etwas anderes als wüste Beschimpfung, die eher zurückstößt, als Sympathien hervorruft. So richtig es ist, daß die Linke der SPD, wie jede Opposition in einer demokratischen Partei, ihr einen Heiligenschein verleiht, so falsch wäre es dennoch, diesen „Linken" nun zu raten, mit Fanfarengetön die Partei zu verlassen, d.h. politisch gleich Selbstmord zu begehen.

Ich will eine Erinnerung anfügen, die vielleicht festgehalten werden sollte, um so mehr als die Teilnehmer an dieser Unterhaltung (außer Fritz Kief, Holland, und mir) bereits gestorben sind: es waren Seefeld, Gleissberg, Agartz. Wir saßen zu fünft in Gleissbergs Wohnung in Hamburg. Es war nach Gleissbergs Ausschluß aus der SPD, kurz nach Erscheinen der „Anderen Zeitung", nach Agartz' Abhalfterung beim DGB — und Gleissberg hatte uns eingeladen, um die Frage nach der Gründung einer neuen Linkspartei zu stellen. Die KPD war verboten, an die DKP war noch nicht zu denken, die Situation politisch günstiger als heute (wenn auch durch zunehmende Konjunktur ökonomisch ungünstiger). Da sagte Agartz: Gebt mir 2 Millionen Mark (heute wären das wohl 5 bis 6 Millionen), dann bin ich bereit, eine Partei zu gründen. Denn wir brauchen in jeder Landeshauptstadt ein Sekretariat — mit Telefon — mit Auto, mit Sekretären, denen wir ihr Gehalt auf einige Zeit sichern können, wir brauchen eine umfassende Zeitung, wir brauchen Agitationsmaterial und Propaganda. Wir müssen von den Hauptstädten in die Mittel- und Kleinstädte dringen, aufs Land.

Haben wir unter zwei Millionen , dann fangen wir besser gar nicht an. (Das war wohl so um 1960 rum, die SDS-Diskussion war schon im Gange, oder der SDS schon ausgeschlossen und die Fördergesellschaft schon gegründet (also nach 1961?).

Agartz der große Praktiker und hier auch Pragmatiker hatte völlig recht. (Heute — angesichts der Tatsache, daß die Massensaturierungswelle noch bis 1973 andauerte — meine ich fast, daß es ein Glück war, daß wir mindestens zwei Millionen nicht hatten; — wir hätten sie längst verbuttert — und die Resignation auf der Linken nur gefördert. Vielleicht hätte man sogar in der Rezession 1967/68 einiges auf die Beine gebracht (wie die NPD aus dem kleinbürgerlichen Lager, das allerdings schneller reagiert als Arbeitermassen). Das ist Spekulation.

Wenn aber Knapp meint, Geld spiele keine Rolle — und nun schnell mal was machen vor der Bundestagswahl, dann frage ich, ob er im 19. Jahrhundert oder im 20. Jahrhundert lebt. Es ist ohnedies erstaunlich und beachtenswert, was die wenigen linken Genossen ständig an Opfern bringen — nicht nur für ihre Blättchen und Gruppen, sondern auch für Vietnam, Chile, Portugal usw. Jeglicher Vergleich mit der frühen SPD ist doch völlig absurd, weil unhistorisch. Opposition in der industriellen Aufstiegsepoche des Kapitalismus ist doch nicht gleichzusetzen mit Opposition in seiner multi-monopolistischen, Zeiten der Unruhe mit Massen am Rande des Existenzminimums sind nicht gleichzusetzen mit Zeiten von immer saturierten Massen — mit Reserven — mögen sie jetzt auch etwas unruhiger sein, als vor fünf Jahren (was sie zunächst mal ängstlicher — und vorsichtiger macht, keineswegs revolutionärer oder experimentfreudiger).

Was Massen an Elend ertragen können, bevor sie rebellisch werden, dafür bietet doch die Geschichte genügend Beispiele. Gewiß ist richtig, daß man nicht darauf warten kann, daß revolutionäre Parteien von selbst, „spontan", phönixartig entstehen. Deshalb meine ich, jetzt eine neue Partei vorbereiten, könne nicht mehr sein, als die Gräben ausschachten und die Richtung angeben, in die sich die Sturmfluten dann ergießen können (und dazu braucht es langer Zeit — und vieler Selbstkritik).

Vor allem müßten die Linken erst mal selbst demokratisch werden — und ihre eigene Sektiererei bekämpfen. Ich rede jetzt nicht von den K-Sekten. Aber auch bei uns. Wäre es nicht möglich, daß sich erst einmal alle radikalen Sozialisten in einer Organisation vereinigten — und dort — sehr offen — und mit gleichen Chancen — um den besseren Weg ringen. Warum gibt es nebenbei noch den „Langen Marsch" — und ähnliche, wenn es doch das SB gibt. Warum nicht in einer offenen Organisation die Probleme gemeinsam diskutieren? Aber bei uns meint jeder, wenn er in die Minderheit gerät — oder dies auch auf längere Zeit — dann seinen eigenen Verein aufmachen zu müssen, mit eigenen Zeitungen, Rundschreiben — Konferenzen ....

Ich konnte nur Fragen aufwerfen, keine Antworten geben. Ich bin auch weder Wissenschaftler noch Theoretiker. Das mag man mir vorwerfen — ändern wird sich da nicht mehr viel bei mir.
Sehr herzliche Grüße! Fritz Lamm"

* INTERPOL * INTERPOL * INTERPOL

ALLGEMEINES ZUR ORGANISATION

FRANKFURT (ID) 17. März

Interpol (Internationale kriminalpolizeiliche Organisation) ist eine private Polizeiorganisation. Sie ist niemandem Rechenschaft schuldig, keine Kontrollinstanz der Welt hat Einsicht in die Akten und Dossiers , die Daten und Fakten über fast zwei Millionen Menschen speichern. Nur Mitglieder — das sind heute 122 Staaten — haben Zugang zu diesen Dokumenten und können sich ihrer frei bedienen. Um die Organisation am Leben zu erhalten, zahlen die Mitgliedsländer Beiträge. Diese sind unterschiedlich hoch, gestaffelt von 1 bis 60 Haushaltseinheiten. Eine Einheit beträgt .4850 Schweizer Franken, den Höchstbetrag von 60 Einheiten zahlen die BRD, die USA, Frankreich, Großbritannien und Italien.

Interpol beschäftigt keine eigenen Detektive; es ist ein internationaler Nachrichtenapparat, eine Koordinationszentrale aller angeschlossenen nationalen Polizeibehörden mit Sitz in St. Cloud, Paris. Dort befindet sich auch die Sende- und Empfangsanlage, die rund um die Uhr besetzt ist. 18 Sender mit der Stärke zwischen 1 und 4 kW halten laufenden Kontakt mit den nationalen Zentralbüros, die die wiederum Verbindung zu den verschiedenen Behörden des jeweiligen Landes haben. In der BRD liegt das nationale Zentralbüro im Bundeskriminalamt in Wiesbaden. Sämtliche Interpol-Nachrichten, die aus oder nach Deutschland kommen, müssen also durch das BKA.

Dieser Umstand und das veraltete Interpol-Morse-system veranlaßte die 1969 gegründete IAASP (Internationale Flughafen und Seehafen Polizei) zu einer Kritik; die Organisation sei „altmodisch, modernen Gegebenheiten nicht mehr angepaßt, zu groß und bürokratisch". Mit anderen Worten — Interpol ist einfach nicht schnell genug wenn es darauf ankommt. Aber nicht nur das Funksystem dürfte damit gemeint sein. In den vom Interpol-Exekutivkomitee festgelegten Statuten heißt es in Artikel 3: „Jede Betätigung oder Mitwirkung in Fragen oder Angelegenheiten politischen, militärischen, religiösen oder rassischen Charakters ist der Organisation strengstens untersagt." Eine Polizeiorganisation ist modernen Gegebenheiten natürlich nicht mehr angepaßt, wenn sie sich nicht an der Jagd auf die internationale Guerilla beteiligt. Innerhalb Interpol wird dieses Thema schon seit mehr als zehn Jahren diskutiert, aber immer wieder mit dem Hinweis auf Mitgliedsländer wie Kuba, Syrien, Algerien oder auch Rumänien und Jugoslawien (die einzigen beiden Ostblockländer) fallengelassen.

Von der britischen Armee war zwar zu erfahren, daß „.... sicherheitsexperten von den Nato-Ländern ihr Wissen über Terroristentaktik speichern und über Interpol weitergeben...", aber vor einer offenen Fahndung schreckte Interpol bisher zurück. Die Öffentlichkeit, die Interpol dann hätte, würde die Vergangenheit und einige dunkle Praktiken dieser Organisation ans Tageslicht zerren, woran nicht gelegen sein kann. Bisher haben nur wenige sich darum gekümmert, so die Scientology-Kirche, mehrere jüdische Organisationen und drei US-Senatoren, die aufgrund ihrer Recherchen einen Untersuchungsausschuß im Kongreß gegründet haben und für ein Interpol-Verbot eintreten.

InDeutschland sind diese Kontroversen so gut wie nicht bekannt. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, geht es doch darum, daß Interpol eine Nazi-Vergangenheit hat, die sich noch bis in die heutigen Tage auswirkt.

GESCHICHTE

Interpol wurde 1923 in Wien gegründet und hieß Internationale Kriminalpolizeiliche Kommission. Die Organisation wuchs ständig und nahm alle Länder, die Mitgliedschaft beantragten, auf. Der deutsche Abgeordnete nach dem Machtwechsel war der Ordnungspolizeilichef (ORPO) der Nazis, Kurt Daluege. Er wurde später druch Arthur Nebe und Karl Zindel ersetzt. Schon 1936 wollten die Nazis ihr eigenes Interpol aufbauen und luden viele Länder zu einem geheimen Treffen ein. Nach diesen Plänen sollte eine geheime ideologische Front entstehen, an der alle Polizeidienststellen von Europa angeschlossen sein sollten, um ein Bollwerk gegen den Kommunismus zu erreichten (Diese Pläne wurden vor kurzem in Archiven in den USA entdekct.).

Jahrgang III — Wien, 14. September 1940 — No. 10

Internationale Kriminalpolizei

Einziges offizielles Publikationsorgan der
Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission
Deutsche Ausgabe
(Französische Ausgabe: „Police Criminelle Internationale"; englische Ausgabe: „International Criminal Police"; italienische Ausgabe: „Polizia Criminale Internazionale")

Der Chef der Deutschen Sicherheitspolizei
SS-Gruppenführer Heydrich — Präsident der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission.



Reinhard Heydrich, Präsident von Interpol von 1940 bis 1945

Jahrgang VI — Berlin, 10. Juni 1943 — Nr. 6

Internationale Kriminalpolizei

Einziges offizielles Publikationsorgan der
Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission
Deutsche Ausgabe
(Französische Ausgabe: „Police Criminelle Internationale"; englische Ausgabe: „International Criminal Police"; italienische Ausgabe: „Polizia Criminale Internazionale")



Dr. Ernst Kaltenbrunner, Gestapo-Chef und Präsident von Interpol von 1942 bis 1945

Es ging jedoch noch einfacher, als die Nazis 1938 in Österreich einmarschierten. Sie setzten kurzerhand den Wiener Polizeipräsidenten, der gleichzeitig Interpol-Vorsitzender war, ab, und das NS NSDAP-Mitglied Steinhaust wurde Vorsitzender von Interpol.

INTERPOL UNTER NAZIHERRSCHAFT

Der Zeitraum zwischen 1939 und 1946 ist aus den offiziellen Interpol-Akten gestrichen. Auch dpa leugnet die Existenz des Polizeiapparatees während der Zeit. Selbst von einem US-Untersuchungsausschuß sagte Interpol aus, daß sämtliche Arbeit während des zweiten Weltkrieges eingestellt worden war. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. 1939 wurde Interpol in das Reichssicherheitshauptamt integriert und das Hauptquartier nach Berlin-Wannsee verlegt. Präsident von Interpol wurde Reinhard Heydrich (Chef des Sicherheitsdienstes; Leier der bayrischen Sicherheitspolizei; später Leiter der Gestapo und Vertreter des Deutschen Reiches in der Tschechoslowakei, wo er von tschechischen Antifaschisten erschossen wurde), der nach seinem Tod von Dr. Ernst Kaltenbrunner (Gestapo-Leiter, der später in Nürnberg wegen seiner Kriegsverbrechen gehängt wurde) ersetzt wurde.

Mitglieder der Nazi-Interpol waren Österreich, Bulgarien, Belgien, Kroation, Tschechoslowakei, Dänemark, Finnland, Deuschland, Griechenland, Holland, Ungarn, Italien, Portugal, Schweiz, Spanien, Schweden, Rumänien, Norwegen und die Türkei; eine gute Voraussetzung, Polizeiverbrechen auf internationaler Ebene zu planen und durchzuführen. So wurde zum Beispiel 1942, von Heydrich einberufen, eine Konferenz abgehalten, auf der die Endlösung der Judenfrage ausgearbeitet wurde.

Auch nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wurde bei Interpol die Nazi-Tradition aufrechterhalten. Vier der fünf Gründungsmitglieder waren ehemalige Nazikollaborateure, dpa-Zitat: „Der Engländer, der Belgier, der Schweizer, der Holländer und der Schwede setzten sich zusammen ..."; völlig harmlos. Drei dieser Leute (van Houten aus Holland, Werner Müller uas der Schweiz und Louwage aus Belgien) saßen schon 1943 unter Hitler im Interpol-:Exekutivkomitee; Harry Sodermann, der Schwede war Vertreter seines Landes im NS-Interpol während der ganzen Nazi-Zeit; und der Engländer von Scotland Yard leitete die Neugründung und den erneuten Zusammenschluß der Polizeibehörden mit den Worten ein: „Wir sind ja alle gute Freunde ...".

F.E. Louwage – der Leiter der Politischen Polizei Hitlers in Belgien – wurde zum Präsidenten gewählt und blieb bis 1956 im Amt. Er leitete die Aktivitäten der Organisation mit Hilfe von Geldern ein, die von den Kriegsaktivitäten des alten Interpol stammten. Auch die Akten, die die Nazis während des Krieges zusammengetragen hatten, erhielt er von den Amerikanern zurück. Das dadurch entstandene Übergewicht jüdischer Namen in den Akten Interpols wurde mit nachfolgender Behauptung gerechtfertigt: „Jüdische Straftäter ziehen Straftaten vor, die List und Schlau heit verlangen".

Auch der damalige FBI-Direktor J. Edgar Hoover wurde gebeten, an dem fragwürdigen Unternehmen teilzunehmen. Obwohl die USA dies offiziell ablehnten, beteiligte sich Hoover an der ersten geheimen Versammlung 1946 und wurde sogar zum Vizepräsidenten gewählt. Erst ein Jahr später, als Interpol neue Einladungen verschickte und auf gute Beziehungen zu Hoover verwies, erfuhr die amerikanische Öffentlichkeit von diesem Schritt. 1950 trat der FBI-Chef von seinem Posten zurück. Als Begründung wurde angegeben, daß das Mitgliedsland Tschechoslowakei Interpol benutze, um politische Flüchtlinge in Westdeutschland zu suchen. Acht Jahre später trat die USA zum zweiten Mal in die Organisation ein. Interpol wurde in das Finanzministerium eingegliedert; Douglas Dillon wurde bald darauf Vorsitzender des Finanzministeriums. Davor hatte er beim Aufbau einer Agentur mitgewirkt, deren damaliger Name „Strategic Services" war, heute besser unter dem Namen CIA bekannt. Der US-Abgeordnete ist heute Louis Sims, der vom US-Geheimdienst ausgeliehen ist.

Ein weiterer Interpol-Präsident war Agostino Lorenco (1956-60) aus dem damals faschistischen Portugal.

Als am 25. April die Revolution in Portugal ausbrach , war die DGS, die Geheimpolizei einer der ersten Angriffspunkte. Oberst Fernando C. da Silva Pais, Direktor der Geheimpolizei, war von den Nazis ausgebildet und jahrelang Führer des portugiesischen Interpol-Büros. Sein Hauptquartier war voll Vernehmungsräumen, Bilder wurden gefunden, die Opfer nach stundenlanger Folterung zeigten und Pornographie lag überall verstreut herum.



Paul Dickopf, Präsident von Interpol von 1968 bis 1972

VOM BKA ZU INTER POL

Paul Dickopf war Präsident von 1968-71. Vertreter der BRD war er bis 1973. Im Dritten Reich war er Offizier im Reichssicherheitsdienst mit der SS-Nummer 337259, bis er kurz vor Kriegsende in die Schweiz floh. Rehabilitiert setzte er in der BRD seine Karriere fort und arbeitete sich zum BKA-Präsidenten hoch Auch dort war sein Vorgänger ein ehemaliger Nazi (Reinhard Dullien, BKA-CHef bis 1965). Innenminister Meihofer, verantwortlich für das BKA und das angeschlossene Interpol-Büro, erklärte zu dem Vorwurf, Paul Dickopf sei zu keiner Zeit Offizier der SS gewesen. Er sei am 1. Juli 1939 als Kriminalkomissar nur automatisch der SS im Range eines Untersturmführers zugeordnet worden.

Wie Kenner der damaligen Polizeiszene bestätigen, kamen derartige Eingliederungen tatsächlich vor. Anträge oder gar persönliche Bewerbungen zur Aufnahme in die SS wurden von solchen Personen allerdings nie eingereicht. Es liegen jedoch Dokumente vor, daß Interpol-Chef Dickopf am 15. Januar 1939 eine Bewerbung mit Lebenslauf zur Aufnahme in die SS eingereicht hatte. Kurz darauf wurden von Dickopf die damals üblichen Formulare wie SS-Erbgesundheitsbogen, Personalangaben, Beurteilungen, Sippenakten und Vorschlagsprotokoll mit 15 Bürgschaftserklärungen von SS-Kameraden engereicht. Am 16. Mai wurde wegen psitiver nationalsozialistischer Weltanschauung und Eignung zum SS-Führer Paul Dickopfs Beförderung zum Untersturmführer vorgeschlagen. Aus dem Lebenslauf geht sogar hervor, daß ers schon seit dem 13.5.33 Angehöriger der NSDAP war.

Ein krasser Widerspruch ist auch im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung zu finden, das am 26.2.65 über die Amtseinführung Dickopfs, damals BKA-Präsidenten, herausgegeben wurde. Dort wurde nicht nur seine NSDAP und SS-Zugehörigkeit vollständig verschwiegen, sondern man ging sogar soweit, ihn als Märtyrer des Dritten Reiches darzustellen. Dort heißt es: „Nach praktisch kriminalpolizeilicher Ausbildung und Verwendung in Frankfurt/Main konnte er im Juni 1939 trotz Nachstellungen des SD die Kriminalkomissarprüfung in Berlin-Charlottenburg mit gutem Erfolg ablegen."

Von insgesamt sieben Interpol-Präsidenten waren vier ehemalige Nazis oder Kollaborateure. Da wundet einen nichts mehr. So steht beispielsweise in dem Buch von Ladislaus Farago: „Aftermath: Martin Bormann and the fourth Reich": „Mindestens zwei Interpol-Bosse, die in Südamerika stationiert waren, mußten kurzfristig wegen himmelschreiender Korruption entlassen werden. Einer war so beeinflußt, daß er sich weigerte, beim Auslieferungsfall von Klaus Altmann-Barbie mitzuwirken, obwohl sich der Auslieferungsantrag auf Devisenschmuggel und Verdacht auf Totschlag, nicht jedoch auf Barbie's Nazi-Vergangenheit und seine Verbrechen in Frankreich bezog." Daraufhin beschwerte sich die peruanische Regierung bei der Interpol-Zentrale in Paris. Wie Dickopf auf die Beschwere hin reagiert hat, kann man sich nur vorstellen.

Aber alle diese Dinge passieren unter dem Mantel der Verschwiegenheit. Nach außen zeigt sich Interpol als intakte, arbeitsame, nicht-politische Polizei. Der jetzige Interpol-Chef Nepote versucht den Arbeitsbereich zu erweitern und ist der Ansicht, daß alle Länder ohne gesetzliche Grundlage Dossiers jeder Art über die Bürger ihrer Länder austauschen sollten, da es unmöglich sei, vorderhand festzustellen, ob sich jemand jeweils in kriminelle Aktivitäten verwickeln könnte. Wo diese Entwicklung hinführt, haben wir schon einmal erlebt. Gerade die BRD, die sich übrigens seit dem Besuch von Innenminister Maihofer in der Interpol-Zentrale im Dezember 1975 am meisten für den Ausbau der Organisation einsetzt, spezialisiert sich wieder einmal auf die totale Kontrolle und Überwachung der eigenen Bevölkerung. Die Personenkennziffer, die demnächst eingeführt werden soll, ermöglicht die Erfassung aller Menschen in der BRD. Wenn Interpol diese Daten weitergibt, andere Länder ähnliches vorhaben und alles zentral gespeichert wird, haut's bis 1984 gerade hin.

(Bei der Materialbeschaffung haben „alternative news service" und „Freiheit" geholfen.)

ERKLÄRUNGEN

ERKLÄRUNG

GEGEN DIE AUSLÄNDERVERTREIBUNG

FRANKFURT (ID) 16. März — Der Initiativausschuß ausländischer und deutscher Arbeiter richtet einen Appell an alle, die in der Bundesrepublik Deutschland leben und arbeiten. Er fordert praktische Solidarität, um die geplante Ausländervertreibung zu verhindern:

„Die Bundesregierung arbeitet mit Hochdruck an Plänen, die Rechte der ausländischen Arbeiter noch mehr einzuschränken. Sie sollen durch eine verschärfte Diskriminierung als Druckmittel gegen Rechte und Arbeitsbedingungen der gesamten Arbeiterklasse mißbraucht und zur vorzeitigen Rückkehr in die Heimat gezwungen werden.

In einem „Entwurf von Theses zur Ausländerpolitik" der Bundesregierung wird als Ziel der Ausländerpolitik der Bundesregierung nicht die Verwirklichung der Gleichberechtigung, sondern ein weiterer Abbau ihrer Rechte herausgestellt. Der Entwurf zielt darauf ab, durch ein Bündel von Maßnahmen hunderttausenden Familien ausländischer Arbeiter die Existenzgrundlage zu entziehen. Im einzelnen ist vorgesehen:

- Der bisherige Rechtsanspruch auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis nach ununterbrochener fünfjähriger Tätigkeit soll abgeschafft werden.
- Die Regelung, wonach Zeiten des Bezuges von Arbeitslosengeld die Fünfjahresfrist für den Erwerb eines Rechtsanspruches auf Arbeitserlaubnis nicht unterbrechen soll, soll gestrichen werden.
- Es ist geplant, die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld für arbeitslose Ausländer ohne Arbeitserlaubnis drastisch zu verkürzen.
- Die bestehende unerträgliche Regelung, nach der alle nach dem 1. Dezember 1974 eingereisten Kinder und Ehegatten ausländischer Arbeiter keine Arbeitserlaubnis erhalten, wird ausdrücklich bestätigt.
- Der Familiennachzug soll in Zukunft erst nach drei Jahren und nicht mehr wie bisher nach einem Jahr Beschäftigung in der Bundesrepublik tätig zugelassen werden.
- Die Zuzugssperre für ausländische Arbeiter in Ballungsgebieten soll auch auf diejenigen ausländischen Arbeiter ausgedehnt wer den, die bereits fünf Jahre ununterbrochen in der Bundesrepublik tätig sind. Der Familiennachzug in Ballungsgebiete soll völlig unterbunden werden.

Weitere Zwangsmaßnahmen zur Reduzierung der Zahl der ausländischen Arbeiter werden in dem Entwurf ausdrücklich befürwortet.

Angesichts dieser Situation, die auf eine Bedrohung der erkämpften Rechte und Leistungen aller, der gesamten arbeitenden Bevölkerung der Bundesrepublik hinausläuft, rufen wir zur Solidarität auf! Es geht um das Recht jedes einzelnen, die Dauer seiner Tätigkeit und seines Aufenthalts im Ausland frei von Druck und Zwangsmaßnahmen selbst zu bestimmen. Es geht um das Recht der ausländischen Arbeitskollegen auf Arbeit, Aufenthalt und soziale Sicherung auch in Krisenzeiten.

Setzen wir uns gemeinsam zu Wehr! Deutsche und Spanier, Türken und Griechen, Italiener, Jugoslawen und Portugiesen. Alle sind von Arbeitslosigkeit bedroht. Für alle laufen die Fließbänder schneller. Für alle wachsen die Belastungen am Arbeitsplatz. Für Deutsche und Ausländer gibt es Mietwucher, steigende Steuern und Preiserhöhungen. Gemeinsam stehen wir an den Maschinen, gemeinsam müssen wir unsere Arbeitsplätze verteidigen. Wenn ein Teil der Arbeiterschaft angeschlagen ist, dann ist sie insgesamt geschwächt.

Die Pläne der Bundesregierung zur Entrechtung der ausländischen Arbeiter dürfen nicht durchkommen!"

POLITISCHE ZENSUR AM FILM

ERKLÄRUNG DER ORTSFILMGRUPPEN

HAMBURG (ID) 26. Februar — Die Stadtgemeinde Wuppertal hat durch das Oberlandesgericht Düsseldorf und das Kammergericht Berlin Filmmacher zur Zurückzahlung von Geldern verurteilen lassen, die diese zur Herstellung von Kurzfilmen für die Kulturwoche „urbs 71" vom 6. – 12. Juni 1971 erhalten haben. Im Frühjahr 1971 bestellte die Stadtgemeinde Wuppertal bei damals in Westberlin ansässigen Filmgruppen vier Kurzfilme zu dem Themen: „Die Frau am Arbeitsplatz", „Lehrlinge", „Schüler" und „Mieten und Wohnen". Anlaß war eine Kulturwoche zum Thema „Arbeit und Gesellschaft", zu deren Konzept es hieß: „Sie hat alle reaktionären Tendenzen bloßzustellen; sie hat in aller Schärfe zu zeigen, was ist; sie hat zu zeigen, was sein könnte, sein wird; sie hat alle progressiven Kräfte ideell und materiell zu stützen." Die Werksverträge, die die Stadt mit den Filmmachern abschloß, enthielten keinerlei inhaltliche Festlegungen. Volle konzeptionelle und künstlerische Freiheiten waren zugesichert.

Angesichts der fertigen Filme entschieden sich die Wuppertaler Stadtväter dann aber, vom Vertrag zurückzutreten. Sie entdeckten in drei der vier Filme „glatteste Agitation und Propaganda" und lieferten der Lokalpresse die Stichworte für eine Hetzkampgne gegen die Filmmacher. Sie verboten die Vorführung der Filme während der „urbs"-Woche und zogen daraus den Schluß, die Filme seien nicht fristgerecht fertiggestellt worden und die Stadt könne deshalb vom Vertrag zurücktreten. Den Film über „Mieten und Wohnen", den einzigen Film, der nicht fristgerecht fertiggestellt wurde, nahm sie dagegen als vertragsgemäße Leistung ab. Dr. Dr. Revermann, Kulturdezernent der Stadt Wuppertal, bestritt trotz gegenteiliger Zeugenaussagen, die Filme am 1. Juni in Berlin abgenommen zu haben.

Die Vermutung, sie hätten sich durch die Unternehmerverbände unter Druck setzen lassen, wiesen die Wuppertaler Stadtväter zurück, obwohl in einem „Sonderrundschreiben" der Arbeitgeberverbände Wuppertal e.V. vom 2. Juni 71 zu lesen war: „Vom 5. bis 13. Juni 71 soll in Wuppertal ein „kulturelles Forum" durchgeführt werden, das unter dem Thema „Arbeit und Gesellschaft" steht und sich an die vermeintlich unterprivilegierten – Lehrlinge, junge Arbeiter, weibliche Arbeitskräfte und ausländische Arbeitnehmer –

wendet. Geplant sind außer Beiträgen auf den Gebieten der bildenden Kunst, der Musik, des Films, und der Erziehung, Theater und Kabarettvorstellungen, die einseitige Angriffe auf die Unternehmerschaft erwarten lassen. Die Namen der beteiligten Kabarettgruppen sprechen jeweils für sich ... Gleichzeitig teilen wir Ihnen mit, daß unser Vorstand bei den zuständigen Stellen gegen das Vorhaben nachträglich protestiert hat."

Den nachdrücklichen Protest bei den „zuständigen Stellen" bekamen diejenigen zu spüren, die Dr. Dr. Revermanns Idee einer „Art kulturelle Basisgruppenarbeit" verwirklichen wollten. Unbeanstandet blieben die Darbietungen der Künstler, die mit ihren Multi-Media-Shows gar nicht den Versuch einer kulturellen Selbstdarstellung des Rhein-Ruhrgebietes machten und die nach ihrer eigenen Darstellung den Großteil des 720000 DM Etats einstrichen. Die Stadt Wuppertal brauchte drei Jahre, um ihre Klagen gegen die Filmemacher vorzubringen. Die Gerichte wiesen die Klagen ab. Erst in der zweiten Instanz sind die Gerichte den Argumenten der Kläger gefolgt. Unter Zitierung derselben BGB-Paragraphen sind sie zu genau entgegengesetzten Entscheidungen gelangt wie in der ersten Instanz. Die Filmmacher wurden verurteilt, die erhaltenen Gelder zuzüglich Zinsen zurückzuzahlen und alle Gerichts- und Anwaltskosten zu übernehmen. Das ist für jeden einzelnen Filmmacher eine Summe von DM 20000. Die Urteilsbegründungen richten sich nicht nur gegen die betroffenen Filmmacher, sondern sie bedeuten in der Konsequenz eine Einschränkung der künstlerischen Gestaltungsfreiheit der Kulturschaffenden. Die Gerichte bemängeln nämlich fehlende „Ausgewogenheit" und sprechen von einem „Grundgebot der staatlichen und kommunalen Neutralität", das als „offensichtliche Selbstverständlichkeit" keiner besonderen Aufnahme in die Vertragsurkunde bedürfe, um „mindestens stillschweigend" Vertragsbestandteil zu werden. Dies steht im Widerspruch zur bisherigen Rechtssprechung.

Nach der Konzeption des Verfassungsaufbaus der BRD haben zwar staatliche Organe das Gebot der partei- und gesellschaftspolitischen Neutralität zu beachten, dieses Pluralismusgebot trifft jedoch nicht den einzelnen Bürger. Weder in Kunst und Wissenschaft noch in Wirtschaft oder sonstigen gesellschaftlichen Bereichen war es dem Einzelnen bisher verwehrt, sein Konzept zur Verwirklichung politischer und wirtschaftlicher Interessen zu vertreten. Dabei war unbestritten, daß auch andere verfassungsmäßige Ordnungen als die BRD erwogen und vertreten werden dürfen. Das Oberlandesgericht Düsseldorf und das Berliner Kammergericht haben aber entschieden, daß Kunst nur noch erlaubt ist, wenn sie „ausgewogen" ist. Sie setzen sich damit über verfassungsgerichtliche Auslegung des Begriffs Ausgewogenheit hinweg, der ausschließlich auf öffentlich rechtliche Monopolbetriebe (Rundfunk und Fernsehen) anwendbar ist. Im Fernsehurteil vom 28. Februar 1961 werden Veranstalter von Rundfunkdarbietungen aufgefordert, Leitgrundsätze für das Gesamtprogramm (nicht für einzelne Sendungen!) zu erstellen, die „ein Mindestmaß von inhaltlicher Ausgewogenheit, Sachlichkeit und gegenseitige Achtung gewährleisten". Diese Forderung nach Offenheit und Vielfalt der Meinungen in Rundfunk und Fernsehen wird von den „urbs"-Richtern in ein Mittel verkehrt, um kritische und oppositionelle Stimmen von Filmmachern zum Schweigen zu bringen. Auch soll das Gebot der „Ausgewogenheit" in Zukunft nicht nur für das Rundfunk- und Fernsehprogramm gelten, sondern auch für alle frei produzierten Filme. Was „ausgewogen" ist, darüber befindet allein der Auftraggeber von Filmwerken, der nicht einmal mehr die Beseitigung von Mängeln am gelieferten Werk verlangen muß (wie das BGB dies vorsieht), sondern vom Vertrag zurücktreten und die geleisteten Vergütungen zurückfordern kann, indem er das gelieferte Werk zum sog. Aliud, zum anderen als vereinbarten, weil nicht „ausgewogenen" Werk erklärt.

Diese Urteile liefern jeden Kunstschaffenden, der mit Geldern oder im Auftrag von öffentlichen Institutionen arbeitet, dem „Ausgewogenheits"-Urteil des jeweiligen Auftraggebers aus. Der Auftraggeber erhält über einen ökonomischen Hebel die Möglichkeit, die politische Zensur auszuüben und darüberhinaus mit sog. legalen Mitteln die berufliche Existenz mißliebig gewordener Kulturschaffender zu vernichten. Für unabhängige und politisch andersdenkende Filmschaffende bedeuten die „urbs"-Urteile faktisches Berufsverbot. Der Präzedenzcharakter dieser Urteile schafft eine weitere legale Möglichkeit politischer Zensur im Zusammnehang mit dem Gewaltparagraphen 88a/130a. Damit setzen das Düsseldorfer Oberlandesgericht und das Berliner Kammergericht einen vorläufigen Schlußpunkt unter eine Serie von Prozessen gegen Kulturschaffende wie Max von der Grün, Gerd Sowka, Günter Wallraff, Klaus Wagenbach, F.C. Delius, Bernd Engelmann, Helge Sander und die Studiobühne Würzburg, in denen die Freiheit der Kunst und der Berichterstattung zugunsten der Freiheit der Unternehmer eingeschränkt und demokratische Rechte abgebaut werden. Die von den Urteilen unmittelbar Betroffenen rufen alle Kulturschaffenden auf, sie in ihrem Kampf gegen die Konsequenzen dieser Rechtssprechung zu unterstützen. Die Berliner Urteile sind rechtskräftig. Sie können in anderen Kunstprozessen herangezogen werden, um die berufliche Existenz von Autoren, Regisseuren, Graphikern, bildenden Künstlern und Journalisten zu schädigen oder zu vernichten.

Peter Krieg Oimel Mai Horst Schwaab

Zur Deckung der Gerichts- und Anwaltskosten sind die Filmmacher auf die solidarische Hilfe angewiesen. Spenden zur Unterstützung der „urbs"-Filmgruppen und ihrer publizistischen Arbeit werden erbeten an M. Ludin/Sonderkonto „urbs"-Prozesse Nr. 11 17 64 15 00, Berliner Bank, Depositenkasse 11, 1000 Berlin 15.

INTERNATIONALES

GEWALT GEGEN FRAUEN – EINE INDIANERIN BERICHTET

BRÜSSEL (ID) 15. März

Seit Jahren betreibt die US-Regierung einen Ausrottungskrieg gegen die Indianer, von dem aber nur sehr vereinzelt Kunde an die Öffentlichkeit dringt (siehe ID 112, 113, 114). Seit der Besetzung von Wounded Knee 1973 ist die Repression noch schärfer geworden: in Süd-Dakota werden Indianer ohne jede Begründung auf offener Straße erschossen, kleine Kinder verhaftet; das Bureau of Indian Affairs (BIA) bildet indianische Todeskommandos aus, die dann gegen ihre Stammesgenossen eingesetzt werden; selbstverständlich gibt es auch zwischen der kanadischen und der US-Regierung eine enge Zusammenarbeit in Sachen Auslieferung und Verweigerung des Asylrechts, so daß die Indianer inzwischen quer über den ganzen nordamerikanischen Kontinent gejagt werden.

Daß die offene Repression zunehmend auch Frauen trifft, wurde beim Internationalen Frauentribunal „Gewalt gegen Frauen" in Brüssel am Fall der Colville-Indianerin Yvonne Wanrow deutlich. Yvonne, 32, Mutter von drei Kindern, geschieden, lebt mit ihrer Familie in einer Reservation im Staat Washington. Sie ist im Mai 1973 von einer weißen Jury zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden – wegen Mordes an einem 62jährigen weißen Kindesvergewaltiger und wegen Waffenbesitzes. Seit fast drei Jahren kämpft sie darum, in Freiheit und bei ihren Kindern bleiben zu können. Im August 1975 endlich versprach ihr der Washington State Court ein neues Verfahren, worauf die Anklage in die zweite Instanz ging und nun beim Supreme Court des Staates Washington prüfen läßt, ob diese Entscheidung rechtens ist – d.h. ob Yvonne ein neues Verfahren bekommt oder ob sie ihre Haftstrafe antreten muß. Diese Entscheidung wiederum kann bis zu zwei Jahre in Anspruch nehmen. Es besteht für uns also noch ausreichend Möglichkeit, eine Kampagne für Yvonnes Freisprechung zu beginnen – das war der dringendste Wunsch, den Yvonne in Brüssel an die westeuropäische (nicht nur Frauen-!) Öffentlichkeit richtete: Informationen über ihren Fall und die anderer verfolgter Indianer zu verbreiten, Unterschriftenlisten und Protestbriefe an den zuständigen Gouverneur zu schicken und sie nicht zuletzt materiall zu unterstützen. Zwar haben sich in den USA drei prominente Anwälte ihres Falles angenommen, weil sie ihn in einer Reihe mit den Anklagen gegen Joanne Little (ID 57 und 73) und Inez Garcia (ID 52) sehen, jedoch ist die Öffentlichkeit noch viel zu wenig informiert, und die Verteidigung steht materiell auf recht schwachen Füßen.

Was ist also in jener Augustnacht 1972 passiert? Yvonne hatte ein gebrochenes Bein, ihre Kinder waren deshalb bei einer anderen Frau Shirley Hooper, und deren Kindern untergebracht. Yvonnes Sohn Darren, 9, und Shirleys Tochter, 10, spielten abends vor dem Haus

und wurden von dem in der Nachbarschaft wohnenden William Wesler in sein Haus gelockt, dort eingesperrt und mit einem Messer bedroht. Sie konnten jedoch fliehen und Shirley Hooper alarmierte die Polizei – zum dritten Mal in drei Tagen. Vorher hatte Wesler ihr wiederholt Fensterscheiben eingeschlagen. Diesmal war der Fall ernster: Darran Wanrow war von dem Messer verletzt worden. Ausserdem sagte Shirleys jüngere Tochter, 7, aus, Wesler sei der Mann, der sie drei Monate zuvor vergewaltigt hätte. Sie hatte eine Geschlechtskrankheit davon bekommen, war in ärztlicher Behandlung, hatte sich aber wegen ihres Schocks nicht getraut, den Namen ihres Vergewaltigers zu nennen.

Der Polizei war Wesler ebenfalls schon lange bekannt: „Chicken Bill" nannten sie ihn grinsend – ein notorischer Stadtstreicher, oft betrunken und „ein bißchen wirr im Kopf" hatte er schon des öfteren Leute – vor allem Kinder – belästigt. Indes, die Polizei entschied, wenn Shirley Hooper ihn anzeigen wolle, müsse sie Montag morgen aufs Polizeipräsidium kommen; jetzt, am Freitagabend, könne man das nicht mehr aufnehmen.

Shirley bekam es mit der Angst zu tun, rief Yvonne an und bat sie, ihr Gewehr mitzubringen und diese Nacht bei ihr und den Kindern zu verbringen. Yvonne kam, wenn auch etwas widerstrebend; zeitweilig hatten sie auch noch Yvonnes Schwager bei sich, der das Haus aber noch in der Nacht wieder verließ.

Um fünf Uhr morgens wurde dann die Verandatür eingeschlagen, und William Wesler stand betrunken in dem Zimmer, in dem Yvonne und eines der Kinder schliefen. Er ging erst auf das Kind los, dann auf Yvonne, die, noch im Halbschlaf und mit ihrem gebrochenen Bein nicht sehr beweglich, instinktiv zu ihrem Gewehr griff und Wesler erschoß. In dem Moment drang noch ein anderer Mann, David Kelley, ein Kumpan Weslers, in den Raum ein, er erhielt eine Fleischwunde und flüchtete.

Yvonne rief sofort die Polizei an und sagte, sie hätte Wesler gerade erschossen. Dieser Anruf wurde ohne ihr Wissen auf Band aufgenommen und später vor Gericht gegen sie verwandt: ihr Stimme habe für so eine Situation zu ruhig geklungen, sie habe den Mord an Wesler kaltblütig geplant. Aus welchem anderen Grund sie denn überhaupt eine Waffe besessen habe, wenn nicht, um jemand damit zu töten?

Auf dieses Tonband stützte sich die Jury (nur Weiße, fünf Männer, sieben Frauen) in der Hauptsache, als sie Yvonne am Muttertag 1973 zu 25 Jahren Gefängnis verurteilte. (Für Morde an Indianern erhalten Weiße oft nur wenige Monate Gefängnis auf Bewährung, wenn überhaupt). Das Gericht weigerte sich, die Zeugenaussagen der Kinder anzuhören, desgleichen Yvonnes Erklärung, sie habe seit Jahren ständige Ängste um ihre Kinder ausstehen müssen, sei als alleinstehende Frau wiederholt überfallen und von Nachbarn, die keine Indianer in ihrer Wohngegend haben wollten, belästigt worden; aus diesem Grund habe sie auch das Gewehr gekauft. Das Leben in den USA sei für alle Kinder, namentlich aber für Kinder aus Minderheiten, eine permanente Gefahr; sie wolle und könne es nicht länger hinnehmen, daß Kinder auf ungeschützten Spielplätzen, in Slumgegenden und anderswo ständig von allen möglichen kranken Leuten bedroht und belästigt würden. Genausowenig erlaube ihr das Gericht, auf ihre indianische Herkunft auf die Kultur der Indianer und ihre Verfolgung einzugehen – Fakten, die das willkürliche Vorgehen der Polizei und der Justiz nur zu klar beleuchtet hätten. Am Abend vor der Urteilssprechung erschienen mehrere ZEitungsartikel, die für Schuldigsprechung plädierten – trotz dieser massiven Beeinflussungsversuche wurde die Jury ihres Amtes nicht enthoben. Durch ständige Verhöre und Pressionen, durch permanente Bespitzelung war auch Shirley Hooper dazu gebracht worden, gegen Yvonne auszusagen! Am Tag nach dem Urteil (8.5.73) endete die Besetzung von Wounded Knee in Süd-Dakota und in der gesamten US US-Presse ging eine riesige Hetzkampagne gegen die „militanten" und „radikalen" Indianer los.

Seit ihrer Verurteilung hat Yvonne einige Informationsreisen unternommen, um die Kampagne für ihre Freisprechung vorwärts zu bringen; im Moment unterliegt sie keinerlei Beschränkungen durch die Regierung, außer, daß wahrsscheinlich ihre Post gelegentlich kontrolliert wird. Aus ihrer Wohnung in Spokane, Washington, mußte sie jedoch ausziehen, nachdem diese von Nachbarn total demoliert worden war – mit der Drohung, das nächste Mal werde es sie selbst erwischen. Yvonne lebt jetzt wieder in der Reservation, in der sie auch aufgewachsen ist. Sie arbeitet in der amerikanischen Indianerbewegung, u.a. in einer Beratungsstelle für alkoholsüchtige Indianer und in der Ökologiebewegung.

Ein Aufruf an alle Frauen-, Gefangenen-, Jugend-, Ökologie-, Antiimperialismus-, Repressions- usw., usw. Gruppen: Helft mit, daß Yvonne Wanrow freigesprochen wird! Schreibt Briefe (möglichst in Englisch) und schickt Unterschriftenlisten an den Gouvernor Daniel J. Evans, Capitol Building, Olympia, Wash. 9850 1 USA und unbedingt eine Kopie eures Schreibens an Yvonne selbst, damit sie was in der Hand hat, falls die Originale in den großen Bürokraten-Papierkorb wandern! Ihre Adresse: Yvonne Wanrow, YWILDC (Yvonne Wanrow Indian Legal Defense Committee), P.O.Box 49, Inchelium, Washington 991 38. Dort gibts auch Broschüren, Zeitungen, Plakate, Ansteckknöpfe etc. . Fordett Informationsmaterial an, versucht, noch mehr über die Verfolgung der Indianer rauszukriegen, macht Veranstaltungen in euren Gruppen, unterstützt das American Indian Movement. Spenden könnt ihr schicken an: Yvonne Wanro's Indian Legal Defense Fund, Account no. 82171-115, North Spokane Branch/ Seattle First National Bank, East 30 Wellesley, Spokane, Washington 99207.

Übrigens: der Staat Washington soll ein Gesetz vorbereiten, das Treffen von mehr als drei Personen für illegal erklärt, wenn dabei die Rede von Politik ist. Also: alle Veranstaltungen künftig gleich beim CIA anmelden!

KINDER IN CHILENISCHEN KZ'S VERSCHWUNDEN

KÖLN (ID) 15. März

In einer Pressemitteilung vom 12.3. greift der Verein „Kinderhilfe Lateinamerika" die Verschleppung von Kindern linker Gegner der Junta auf: „Seit dem blutigen Ende der Regierung Dr. Allendes in Chile sind Zehntausende von Chilenen verhaftet, gefoltert, ermordet worden. Nach Schätzungen der internationalen Gefangenenhilfsorganisation amnesty international werden heute noch etwa 5000 bis 7000 Chilenen in den Gefängnissen und Konzentrationslagern festgehalten, darunter Hunderte von Kindern und Jugendlichen. Viele dieser Minderjährigen wurden auf offener Straße verhaftet und anschließend verschleppt, ohne daß die Angehörigen erfahren konnten, wohin.

Der Verein „Kinderhilfe Lateinamerika e.V.", von Christen und lateinamerikanischen Emigranten im Juni 1975 in Köln gegründet, hat eine Liste mit den Namen von 16 Kindern und Jugendlichen veröffentlicht, die ohne Angabe von Gründen verhaftet wurden und seitdem verschwunden sind.

Am 12. März überreichten Vertreter der „Kinderhilfe Lateinamerika" einem Vertreter der Republik Chile in der Bundesrepublik Deutschland eine Liste mit den Unterschriften von fast 2000 Bürgern der BRD, die gegen die Verhaftungen protestieren und die Bekanntgabe des Aufenthaltsortes und die sofortige Freilassung der 16 Kinder und Jugendlichen fordern."

Zur Namensliste erklärt die „Kinderhilfe": „Die unten aufgeführten 16 Kinder und Jugendlichen wurden ohne Haftbefehl und ohne Angabe von Gründen von bewaffneten Zivilisten – Angehörigen der Militärpolizei – festgenommen und sind seitdem verschwunden. Altersangaben beziehen sich auf das Datum der Verhaftung.

Außer diesen namentlich bekannten Kindern und Jugendlichen befinden sich noch zahlreiche weitere, deren Namen uns nicht bekannt sind, in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Unsere Forderung nach Bekanntgabe des Aufenthaltsortes und sofortiger Freilassung bezieht sich auch auf diese Inhaftierten.

1. Poblete Vasquez, Jorge. 15 Jahre alt. Schüler. Santiago. Am 23. Januar 1974 verhaftet. Seitdem verschwunden.
2. Valdes Acevedo, Roberto. 16 Jahre alt. Schüler. Santiago. Am 14. März 1974 verhaftet. Seitdem verschwunden.
3. Cabralier Crisostomo, Fernando. 17 Jahre alt. Beschäftigt im Fernmeldeamt. Schüler der Abendschule. Am 30. August 74 verhaftet. Verschwunden.
4. Salinas Vera, Mario. 16 Jahre alt. Auf der Messe beschäftigt. Santiago. Am 20. Oktober 1973 verhaftet. Angeblich freigelassen,

aber verschwunden.
5. Gonzales Castillo, Mauricio. 17 Jahre alt. Santiago. Am 22. Januar 1974 verhaftet. Seitdem verschwunden.
6. Ortiz Orellana, Ramón. 17 Jahre alt. Schüler. Santiago. Am 18. Januar 1974 verhaftet. Seitdem verschwunden.
7. Carreno Aguilera, Iván Sergio. 16 Jahre alt. Schüler. Santiago. Am 13. August 1974 mit seinem Vater verhaftet. Beide seitdem verschwunden.
8. Meneses Gaete, Roberto Alonso. 17 Jahre alt. Schüler. Santiago. Am 28. August 1974 verhaftet. Seitdem verschwunden.
9. Cavieres Sepulveda, Yenive. 17 Jahre alt. Abiturientin. Am 15. August 1974 verhaftet. Seitdem verschwunden.
10. Narvaez Riveros, Rosa Eliana. 15 Jahre alt. Schülerin. Santiago. Am 13. August 74 verhaftet. Seitdem verschwunden.
11. Parra Vergara, Igor Edgardo. 15 Jahre alt. Schüler. Santiago. Am 28. Oktober 1974 verhaftet. Seitdem verschwunden.
12. Villenas Reyes, José Bernardo. 17 Jahre alt. Arbeitslos. Vermutlich am 25. Oktober 1974 verhaftet. Seitdem verschwunden.
13. Santander Albornaz, Ignacio del Tránsito. 17 Jahre alt. Arbeiter. Am 24. September 1973 verhaftet. Seitdem verschwunden.
14. Lopez Elgueda, Ricardo. 14 Jahre alt. Santiago. Am 20. September 1973 verhaftet. Seitdem verschwunden.
15. Farina Oyarce, Carlos Patricio. 13 Jahre alt. Schüler. Santiago. Am 13. Oktober 1973 verhaftet. Seitdem verschwunden.
16. [illegible]lle Perez, José Miguel. 16 Jahre alt. Schüler. Santiago. Am 17. Oktober 1973 verhaftet. Seitdem verschwunden.

Diese Angaben stammen von dem ökumenischen „Komitee der Zusammenarbeit für den Frieden in Chile", das auf Druck der chilenischen Regierung seine Arbeit am 31. Dezember 1975 beenden mußte. Seinem Mitbegründer und Ko-Präsidenten, dem lutheranischen Bischof Helmut Frenz, wurde im Oktober vergangenen Jahres die Wiedereinreise nach Chile verweigert. Er lebt heute in der BRD."

Einen aktuellen Fall vermittelt die „Kinderhilfe" von amnesty international. „Frau Viviana Altamirano Fuentes, Gattin eines gesuchten linken Politikers, wurde Ende November 1975 vom chilenischen Geheimdienst DINA verhaftet und in das Folterzentrum „Villa Grimaldi" gebracht. Mitgefangene im KZ „Tres Alamos" bestätigten, sie dort in sehr schlechter physischer Verfassung gesehen zu haben. Ihr jetziger Aufenhaltsort ist unbekannt. Um Frau Altamirano Fuentes unter Druck zu setzen, wurde wenig später ihre 2-jährige Tochter ebenfalls verhaftet. Man muß um die Sicherheit des Mädchens fürchten, da Berichte über schwere Foltern an Kindern – z.T. vor den Augen ihrer Eltern – bekanntgeworden sind. Wir fordern die sofortige Freilassung des 2-jährigen Kindes und ihrer Mutter.!"

FRANK STAGG IST TOT – ES LEBE FRANK STAGG!

OBERURSEL (ID)
11. März

Die Ermordung des Republikaners Frank Stagg und die gezielte anti-IRA Propaganda und Counterschläge nach seinem Tod (angebliche „Racheerklärungen" etc., siehe ID 112, 113) waren der Britischen Regierung an Provokation nicht genug: Um jegliche Solidarität und die traditionellen Kundgebungen, Salutschüsse etc. bei republikanischen Begräbnissen zu verhindern, die immer ein Ausdruck des Widerstandswillens der irischen Massen waren (vgl. die Beerdigung von Michael Gaughan letztes Jahr), wurde der Leichnam von Stagg, als ihn die Familie und einige führende Mitglieder der Sinn Fein in Empfang nehmen wollten, vom Dubliner Flughafen kurzerhand zum Shannon-Flughafen im Osten weitergekarrt.

Unter der Bewachung von 2000 Polizisten und Armeekräften wurde Staggs Witwe gezwungen, an dieser „Beerdigung" teilzunehmen, wo unter Kollaboration der südirischen Regierung und der Kirche der Sarg in ein von Special-Branch (Geheimpolizei)-Leuten geschaufeltes Loch verfrachtet wurde. Franks letztem Wunsch vor seinem Tod, neben seinem Genossen Michael Gaughan beerdigt zu werden, kam man mit der verlogenen Begründung nicht entgegen, da sei kein Platz mehr.

Trotz dieser unglaublichen Maßnahmen konnte es den Briten nicht gelingen, eine massenhafte Solidarität zu verhindern: Über 10000 Iren aus dem ganzen Land versammelten sich am nächsten Tag, um Frank Stagg zu ehren und die britischen Verbrechen zu verurteilen. Aus dem ganzen Europäischen Ausland und den USA kamen Protest- und Solidaritätstelegramme und Erklärungen. Eine Belgische Zeitung verurteilte den Mord, und verglich ihn mit dem „Deutschen Fall Holger Meins". Gruppen für die Einhaltung der Menschenrechte und amnesty-Sektionen bekundeten massenhaft ihre Anteilnahme.

Die Bundesrepublikanischen Medien übernehmen die imperialistische Propaganda und interpretieren die Vorgänge um die Beerdigung Staggs als „erneuten Beweis für die Schwäche und Bedeutungslosigkeit der republikanischen Bewegung."

INTERNATIONALE DEMONSTRATION GEGEN BERUFSVERBOTE IN DER BRD

STRASSBOURG (ID)
16. März

Am Sonmstag, dem 13.3., fand in Straßburg als dem Sitz des Europaparlamentes eine internationale Demonstration gegen die Berufsverbote in der BRD statt, zu der Organisationen ehemaliger antifaschistischer Widerstandskämpfer aus Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Österreich und der BRD aufgerufen hatten. An der Spitze des Demonstrationszuges, der ca. 8.000 Teilnehmer umfaßte, marschierten ehemalige KZ-Häftlinge, alte Resistance-Kämpfer und von Berufsverboten Betroffene. Das Europaparlament wurde aufgefordert, die Pressionen und die Gesinnungsschnüffelei zu verdammen und für die Erhaltung der Menschenrechte einzutreten. Bei der abschließenden Kundgebung im großen Saal der Straßburger Börse wurde auf die bitteren Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandes hingewiesen.

In den bürgerlichen Zeitungen wurde am Montag sehr spärlich (5-Zeilen-Notizen in der SZ und in der Badischen Zeitung, FR gar nichts) über die Demonstration berichtet.

TORRE BELA OFFIZIELL ANERKANNT

LISSABON (APL/ID)
16. März

Die Land- und Volkskooperative von Torre Bela wurde am 31. Januar offiziell vom portugiesischen Landwirtschaftsministerium anerkannt. Die Landkooperative ist ein Beispiel für den Kampf der portugiesischen Bauern. Nach dem 25. November wurde sie mehrmals vom Militär (siehe ID 106) durchsucht unter dem Vorwand, sie sei ein „Ausbildungscamp für Guerillas und geheimes Waffenlager.". (...) Die Kooperative von Torre Bela, die seit vier Monaten mit anderen Kooperativen der Gegend eine „Vereinigung der Azagro-Landkooperativen" bildet, hat ein Informationsblatt über die Kämpfe der Bauern aus der Gegend verfaßt. Dieser Zusammenschluß von verschiedenen (bis jetzt fünf) Kooperativen ist bedeutsam für die weitere Entwicklung jeder einzelnen. Zur Zeit sind die Mitglieder der Kooperative dabei, einen Kindergarten zu organisieren, Alphabetisierungskurse für Erwachsene und Schnellkurse für ihre technische Ausbildung durchzuführen.

SOZIALDEMOKRATEN-FEIER IN PORTO

FRANKFURT (ID)
17. März

Einen Monat vor den Parlamentswahlen hat die – sozialdemokratische – II. Internationale Europas ihre bislang offenste Intervention in die portugiesische Politik begangen. In Porto fanden sich am vergangenen Wochenende (13./14.3.) unter Führung von SPD-Chef Brandt, folgende Sozialdemokraten ein: Olof Palme, Regierungschef in Schweden; Odvar Nordli, Regierungschef von Norwegen; Joop den Uyl, Regierungschef der Niederlande; Bruno Kreisky, Regierungschef von Österreich, sowie die Parteichefs aus Frankreich (Mitterand), aus Spanien (Felipe Gonzáles) und Italien (Francesco de Martino). Englands Partei- und Regierungschef Wilson (inzwischen zurückgetreten) hatte Krach im eigenen Haus und blieb fern. Brandt, Missionar der II. Internationale, war gerade vom Parteitag der österreichischen Sozialisten aus Wien gekommen. Gastgeber Mario Soares sonnte sich im Glanz der (laut FAZ vom 15.3.) „Säulenheiligen der Demokratie". Fotogene Umarmungen machten vor aller Welt klar, daß der Schüler der westdeutschen Sozialdemokraten, wenns sein muß, zur Brust genommen wird. Zur Erinnerung: die portugiesische sozialistische Partei wurde 1972 in Bonn gegründet.

Was ist der Anlaß? In Italien, Frankreich, Spanien und Portugal drohen Volksfrontbündnisse bzw. Regierungsbeteiligungen mit den Kommunisten. Daß die Kommunistischen Parteien vor allem in Südeuropa mehr oder minder starken Einfluß auf die Arbeiterbewegung haben, ist eine Tatsache, auf die die Sozialdemokraten in Nord und Süd verschieden reagieren. Zusammenarbeit auf Regierungsebene im Süden — Antikommunismus, der nur „Informationskontakte" (so. W. Brandt) zuläßt,im Norden.

Und gerade Willy Brandt ist es, der — ganz in Übereinstimmung mit Henry Kissinger — die längst entschlafene II. Internationale mobilisiert, um eine einheitliche Strategie gegenüber dem Kommunistischen Vormarsch zu entwickeln. Hatte er doch in Wien ihren „bejammernswerten Zustand" beklagt.

Da ihre Auferweckung unmöglich ist, veranstaltet er — wie jetzt in Porto — ein Sozialistenfest, auf dem vorhandene Differenzen überdeckt werden sollen. Deutlichste Differenz, nicht erst sei gestern: Frankreichs Sozialistenchef Mitterand verläßt den Raum, wenn Helmut Schmidt eintritt. Und Mitterand, der deutliche Sieger bei den Französischen Gemeinderatswahlen in der vergangenen Woche, trat am ersten Tag der Feier „aus Termingründen" erst gar nicht auf.

Brandt, als Initiator und Vorsitzender des „Komitees für Solidarität und Verteidigung der Demokratie in Portugal" tönte denn auch vor 15.000 Zuhörern im Kristallpalast zu Porto:

„Das Volk von Portugal soll wissen, daß es ein willkommenes Mitglied in der europäischen Familie ist. Die portugiesischen Sozialisten sind uns liebe Partner in unserem Ringen um Gerechtigkeit und Demokratie in Europa. ... Wir werden weiter an eurer Seite stehen." Konkretes Ergebnis: Wie vor zwei Jahren Italien, so soll jetzt Portugal zur Bekämpfung seiner Wirtschaftskrise mit EG-Krediten, genannt Wirtschaftshilfe, auf dem rechten Kurs gehalten werden.

Mit diesem Honig in den Ohren ist Mario Soares unmittelbar nach dem Meeting zu seinem Freund und Förderer Henry Kissinger in die USA gefahren. Die Entscheidung zwischen Sozialismus und Sozialdemokratie wird ihm dort nochmal klar gemacht. Eine Koalition mit den Kommunisten nach den Wahlen am 25. April schloß er aus. Sein Ziel ist die absolute Mehrheit.

Zweites Thema nach Portugal war die Entwicklung in Spanien. Die beiden Streikwellen dort haben auch die Sozialdemokraten das Fürchten gelehrt. Sie sind — laut FAZ vom 16.3. — „besorgt. Brandt meinte, man müsse pessimistischer sein als noch vor etwa zwei Monaten."

Die Sorge der Sozialdemokraten gegenüber dem Klassenkampf in Spanien ist vorallem Produkt der Tatsache, daß ihre spanische Filiale, die sozialistische Partei des Felipe Gonzáles, nur geringe Bedeutung innerhalb der Streikbewegung hatte und hat, im Vergleich zur KP.

REPUBLIK SAHARA : DER KAMPF DER FRONT POLISARIO

PARIS (LIBE/ID) 16. März

Die arabische demokratische Republik Sahara, die am 27. Februar von der Front Polisario in der befreiten Zone der Sahara ausgerufen wurde, will ein freier, unabhängiger, souveräner Staat sein, geprägt von einem nationalen, demokratischen System arabischer Orientierung, fortschrittlich und islamisch. Das land wird regiert von einem Revolutionsrat und einer Regierung aus acht Mitgliedern, ebenso von einem provisorischen Gesetzgebungsrat. Seit der Ausrufung der Republik haben zwei Länder den neuen Staat anerkannt;Madagaskar und Burundi. 17 weitere Länder haben einem Beitritt der Polisario (Befreiungsfront der Sahara) zur Organisation für Afrikanische Einheit zugestimmt: Algerien, Angola, Volksrepublik Benin (Ex-Dahomé), Cap Verdische Inseln, Komoren, Kongo, Ghana, Guinea Bissao, Guinea, Lybien, Sao Tomé, Somalia und Tansania. Dieselben Länder haben auch die Volksrepublik Angola anerkannt. Auf der anderen Seite gibt es 13 pro-westliche Länder, die der Polisario feindlich gesinnt sind und ihre neokolonialistischen Sympathien Marokko und Mauretanien schenken.

Frankreich und Spanien, die Marokko unterstützen, haben sich entschlossen, jede Bewegung zur Unterstützung der jungen Republik zum Schweigen zu bringen. So hat die französische Regierung eine Demonstration in Clermont-Ferrand zur Unterstützung der Polisario verhindert, während Spanien Ordnungskräfte nach Las Palmas (Kanarische Inseln) geschickt hat, um eine friedliche Demonstration von mehreren Hunderten zu Ehren der Sahararepublik zu zerschlagen.

Zu den militärischen Auseinandersetzungen in der Sahara vor der Gründung der Republik:

Ende Januar kam es zu großen Auseinandersetzungen zwischen Marokkanern und Algeriern in der grenznahen Region Amgala. Darüber gab es in der deutschen Presse allenfalls Spekulationen darüber, ob es jetzt Krieg zwischen Algerien und Marokko geben würde. Nach eigenen Angaben waren die algerischen Truppen ausschließlich damit bauftragt, die in katastrophalem Zustand befindlichen Flüchtlingslager in dieser Region mit Hilfsgütern zu versorgen. Am 29. Janaur gab die Front Polisario in Algerien eine Pressekonferenz, in der sie zu den Kämpfen detailliert Stellung nahm.

So berichtete sie über Grausamkeiten, die von der marokkanischen und spanischen Armee verübt wurden; sie berichtete von Luftangriffen, während denen am 28. Januar die marokkanische Luftwaffe unter Führung spanischer Flugzeuge des Typs„Bossard" Ansammlungen von Flüchtlingen in einem Umkreis von 100 km um Villa Cisneros bombardiert hatte. Weierhin versicherten die Sprecher der Polisario, daß der Widerstand in der besetzten Stadt El Ayun weitergehe. Saharuische Guerillagruppen machten auch weiterhin Aktionen an den Straßen rund um die Hauptstadt. Sie gaben weiterhin bekannt, daß zur Zeit Lybien, Algerien, Südjemen, sowie die Befreiungsorganisationen von Oman und Palästina die Polisario unterstützen.

Während der ersten Auseinandersetzungen um Amgala, so geht es aus einer weiteren Stellungnahme der Polisario hervor, haben die Truppen der Befreiungsarmee der marokkanisch-mauretanischen Invasionsarmee schwere Verluste zugefügt. 425 Soldaten wurden bei Auseinandersetzungen getötet und 180 gefangengenommen. Diese Bilanz zeigt, daß das Hauptgewicht der Kämpfe um Amgala nicht von den algerischen Truppen, sondern von der Polisario getragen wurde.

Die Marokkanische Luftwaffe bombardierte während dieser Aktion auch die Flüchtlingslager um Amgala, was viele Todesopfer forderte. Bei ihrer Invasion haben die Marokkaner Wasserstellen in Oasen vergiftet, um die Befreiungstruppen zu schädigen. Das fällt nun auf sie selbst zurück, sagten die Sprecher der Polisario, weil ihre Nachschubkonvois permanent von Widerstandsgruppen angegriffen werden.

Am 12. Februar eroberten die marokkanischen Truppen die Hauptstadt der Polisario, Mahbes, für kurze Zeit. Damit war das gesamte Gebiet Saguia el Hamra unter ihrer Kontrolle, die letzten Flüchtlinge flohen aus den Lagern, die mit Napalm bombardiert wurden. Die Algerier zogen ihre Truppen und Sanitäter zurück. Die Minen von Bou Graa wurden wiedereröffnet. Der spanische Direktor bleibt auf seinem Posten, aber Spanien wird Marokko alle Anteile gegen Fischereirechte verkaufen. Marokko ist damit momentan der größte Phosphatproduzent der Welt.

Einige Tage später, am 15. Februar, eroberten Einheiten der Front Polisario in einer Gegenoffensive der Region Amgala zurück, nachdem sie die Garnison von Amgala sechs Tage belagert und ein Ultimatum gestellt hatten. Bedingung für den Erfolg waren genaue Ortskenntnisse, sowie ziemlich moderne und schwere Kriegswaffen, die teilweise erbeutet wurden, undteilweise aus Algerien stammen.

Obwohl die Marokkaner in der Lage waren, fast das ganze Land zu besetzen, sind sie den Angriffen der Widerstandsgruppen nicht gewachsen. Das liegt hauptsächlich an ihrer Luftwaffe, mit der sie in kurzer Zeit große Teile der Bevölkerung unddamit auch die Guerilla vertreiben könen. Sobald sie aber mit Bodentruppen ein Gebiet halten müssen, sind sie den einheimischen Widerstandskämpfern unterlegen.

Ebenso wie Amgala soll die Hauptstadt der freien Sahara, Mahbes, wieder unter Kontrolle der Polisario sein.

Die Marokkaner beschuldigten Algerien, an den Kämpfen beteiligt gewesen zu sein, was diese abgestritten haben. In der algerischen Zeitung „El Moudjahid"hieß es, daß die Polisario nicht zum ersten Mal den marokkanischen Truppen schwere und schmerzliche Verluste zugefügt habe.

Im Süden, in Rio de Oro, gibt es noch einige Flecken, die von der Polisario kontrolliert werden. Das Gros der saharuischen Befreiungsarmee konzentriert sich jedoch in Mauretanien um Bir-Moghrein, zur Ablenkung der marokkanischen Truppen. Diese versuchen allerdings, indem sie selbst in mauretanisches Territorium einfallen, die Guerillas einzuschließen. Gegen diesen Einmarsch hat es in Mauretanien Demonstrationen gegeben, aus der berechtigten Angst vor einer Kolonisierung durch Marokko.

Angesichts der fast totalen Besetzung der Sahara wird der Widerstand wieder andere Formen annehmen müssen. In El Ayun gehen die Militanten wieder in den Untergrund. Es wird einen verlängerten Kampf wie die in den Zeiten der Spanier geben. Aber das Bewußtsein und der Haß haben sich verzehnfacht.

(nach: Libération vom 1./2. März)

IRANISCHE TRUPPEN IN DHOFAR

PA (LE MONDE)
16. März

25 Offiziere und 186 Unteroffiziere und Soldaten aus dem Iran sind in den letzten zwölf Monaten bei ihrem Einsatz in Dhofar am persischen Golf gefallen. Das wurde in Persiens Hauptstadt Teheran von der Presse bekanntgegeben. Damit ist bewiesen, was die PFLO, die Volksfront zur Befreiung von Oman, schon seit langem berichtet hatte: daß iranische Truppen mit Hubschraubern und Landungsbooten auf fremdem Territorium eingesetzt werden. (siehe auch ID 111).

4000 POLITISCHE GEFANGENE IN ARGENTINIEN

FRANKFURT (ID)
15. März

Vom „Arbeitskreis Politische Gefangene in Argentinien" erhielten wir folgenden Bericht über die Repression, die seit dem Ausnahmezustand 1974 in Argentinien an der Tagesordnung ist:

„In letzter Zeit wurde in Presse, Rundfunk und Fernsehen wiederholt über eine Zuspitzung der Lage in Argentinien berichtet. Die Struktur der argentinischen Gesellschaft hat dazu geführt, daß die weltweite Wirtschaftskrise breite Teile des argentinischen Volkes in Armut und Elend gestürzt hat. Um dem zunehmenden Unmu Bevölkerung darüber Herr zu werden, setzt der argentinische Staat mit Hilfe von Polizei, Gendarmerie und Heer die demokratischen Rechte des Volkes immer mehr außer Kraft.

Auf Grund des im November 1974 verhängten Ausnahmezustandes werden willkürlich Ärzte, Rechtsanwälte, Priester, Arbeiter, Angestellte, Professoren, Gewerkschafter, Bauern, Hausfrauen, Studenten, Künstler usw. verhaftet. So befinden sich heute rund 4000 Männer, Frauen und Kinder in den Gefängnissen, ohne richterlichen Haftbefehl und ohne Aussicht, einem Richter vorgeführt zu werden. Sehr viele der Inhaftierten werden mißhandelt und gefoltert. Die Haftbedingungen der der militärischen Aufsicht unterstellten Gefängnisse stehen im Gegensatz zu den in der argentinischen Verfassung garantierten Menschenrechten.

Da in der BRD über diese unmenschlichen Zustände gar nicht oder nur sehr unvollständig berichtet wird, haben wir es uns zum Ziel gesetzt, die Bevölkerung in unserem Lande darüber zu informieren, durch ihre Unterstützung die Haftbedingungen erleichtern zu helfen und für die Abschaffung der grausamsten Praktiken wie Folter und willkürliche Erschießungen einzutreten.

Unsere erste Aufgabe sehen wir darin, die Haftbedingungen der 60 in Devoto inhaftierten Frauen (siehe Anlage) zu erleichtern, indem wir sie materiell und moralisch unterstützen. Durch eine breitere Bekanntmachung ihrer Lage, Protestschreiben usw., wollen wir die zuständigen Behörden dazu veranlassen, die Situation in dem Gefängnis zu verbessern und die Inhaftierten vor ein ordentliches Gericht zu stellen.

„Rosa Medina de Sandoval, 54 Jahre alt, 5 Kinder, eines befindet sich mit ihr im Gefängnis. Sie wurde am 18.3.75 in Bajo Flores (Buenos Aires) festgenommen. Nachdem sie vom Personal der Superintendencia de Seguridad („Sicherheitspolizei") gefoltert wurde, wird sie im Gefängnis von Devoto (Buenos Aires) gefangengehalten. Zur Zeit leidet sie unter einer schweren Krankheit. Dona Rosa hat ein schweres Leben hinter sich. Sie hat immer als Dienstmädchen gearbeitet und mit Webarbeiten, die sie zu Hause machte, zum Lebensunterhalt der Familie beigetragen. Seit einigen Monaten bezog sie eine Invalidenrente, die kaum zum Überleben ausreichte. Vollkommen der Erziehung und der Ernährung der Kinder gewidmet, errichtete sie mit viel Mühe eine Baracke in einer „Villa de Emergencia" (Elendsviertel).

Den vielfältigen Problemen der Villa und ihrer Nachbarn aufgeschlossen, erreichte sie viele Verbesserungen für die Bewohner der Villa. Eine Volksschule wurde gebaut, und sie half aktiv beim Aufbau mit.

Im März dieses Jahres, während eines starken Gewitters, drang die Polizei in ihr Haus ein und durchwühlte alles, ohne eine Erklärung abzugeben. Unter Drohungen und mit vorgehaltener Maschinenpistole wurde sie zusammen mit ihrer ältesten Tochter in das Gebäude der Superintendencia de Seguridad Federal gebracht. Dort wurden beide gefoltert. Man wandte die „picana" (Elektroschock) am Kopf und am ganzen Körper an. Ihr Körper zeigt noch immer Spuren der Verbrennungen. Danach verhörte und folterte man sie noch mehrere Male. (Einige Zeit vorher war sie an Krebs operiert worden und deshalb noch sehr geschwächt). Ständig wurden die folgenden Drohungen wiederholt: „te vamos a hacer la boleta" (wir werden es dir heimzahlen), „ya no vas a servir para nada" (du wirst für nichts mehr zu gebrauchen sein), und weiteres in diesem Stil bekam sie von ihren Peinigern zu hören. Dann wurde sie in das Gefängnis von Villa Devoto gebracht. Als sie nach einigen Tagen unter heftigen Kopfschmerzen litt, wurde sie nur oberflächlich behandelt. Die ärztliche Untersuchung unterblieb. Man gab ihr lediglich Beruhigungsmittel, die sie noch mehr schwächten. Ihr Zustand verschlechterte sich, und als er unerträglich wurde, erreichte der massive Druck aller politischen Gefangenen, daß der Richter und die Gefängnisbehörden ihr Aufmerksamkeit schenkten. Erst nachdem sie 15 Tage ununterbrochen erbrochen hatte, in Ohnmacht gefallen war und Krämpfe gehabt hatte, erreichte man, daß sie im Rawson Hospital interniert wurde. Aber schon nach ein paar Tagen brachte man sie ins Gefängnis zurück.

Die Bedingungen, unter denen die gefangenen Frauen leben müssen: Das Fehlen jeder Hygiene, das Vorhandensein von Ratten, Schaben und Wanzen, das Fehlen von Wasser, die dauernde Unruhe, die die 60 Frauen mit ihren 10 Säuglingen hervorrufen, erhöhen die Schwierigkeiten für eine Genesung, deshalb fordern wir eine unmittelbare Diagnose und spezialisierte medizinische Behandlung. Bis jetzt hat es keine Diagnose gegeben, weil die Woche, die Dona Rosa im Krankenhaus war, angeblich nicht ausgereicht hat, um eine Diagnose aufzustellen. Die Gefängnisleitung verschließt sich jedoch völlig unseren Forderungen.

Dr. Weber, Psychiater der U. 2 (Gefängnis von Villa Devoto) argumentiert, der elektrische Strom werde als Therapie angewandt, daher könne der schlechte Gesundheitszustand von Dona Rosa nicht auf die „picana" zurückgeführt werden. Auf solche Weise werden die barbarischen und kriminellen Repressionsmethoden in Argentinien gerechtfertigt. Wir fordern nicht nur die sofortige ärztliche Behandlung von Rosa Medina de Sandoval, sondern fordern auch ihre sofortige Freilassung, da sie sich ohne Gerichtsurteil im Gefängnis befindet und unter diesen unmenschlichen Bedingungen nicht genesen kann.

Die Gefangenen Frauen von Villa Devoto. 5.9.75."

DER FRANZÖSISCHE WEINKRIEG

FRANKREICH (LIBERATION' POLITIQUE HEBDO, ID)

Am Donnerstag, dem 4. MÄrz starben bei einer Schießerei zwischen französischen Winzern und der Polizei ein Winzer und ein Polizist.

Schon seit Monaten wiesen die Führer der Weinbauern darauf hin, daß es zu einer solchen Eskalation kommen würde, wenn die Regierung ihre Weinpolitik nicht ändere. Die Regierung hat nichts unternommen, um dies zu vermeiden. Im Gegenteil.

Die Weinbaupolitik der französischen Regierung zielt genau wie in der übrigen Agrarpolitik darauf ab, die Modernisierung und Rationalisierung des Weinbaus durch Schaffung einer kleinen Schicht von jungen „progressiv-dynamischen" Winzern durchzusetzen, die durch Konkurrenzdruck die übrigen traditionellen Weinbauern langsam beseitigen.

Diese Politik ist in den südfranzösischen Weinbaugebieten fast total gescheitert. 1972 standen die Zeichen günstig. Nach Vorhersagen der Experten, würde man mit der Produktion von Qualitätsweinen, deren Preise nicht aufhörten zu steigen, eine Menge Geld machen können. Die Investitionen seien zwar ziemlich groß, aber die Rentabilität sei garantiert.

Was die Experten aber nicht vorausgesehen hatten, war, daß durch den erweiterten EG-Handel die Preise für Qualitätsweine schneller fielen als sie gestiegen waren, und alle dynamische Investoren, die auf se gehört hatten, befanden sich über beide Ohren verschuldet in einer ausweglosen Lage. Da die Schaffung einer Schicht junger dynamischer Winzer gescheitert war, die sie hätte unterstützen können, sah sich die Regierung plötzlich von allen Seiten angegriffen: vom Kleinkapitalisten bis zum Linksradikalen.

Das erklärt, warum trotz der ziemlich harten Aktionsfromen die südfranzösischen Winzer nie so stark unterdrückt werden konnten, wie zum Beispiel die jungen Bauern in Westfrankreich (Normandie, Bretagne), wo sich die Regierung auf eine kleine Schicht Agrarkapitalisten stützen kann.

Unter diesen Bedingungen nahm der Kampf der Winzer für die Regierung beunruhigende Ausmaße an. Unter dem Einfluß von linken Winzerbewegungen wie z.B. dem MIVOC (Mouvement d'intervention viticole occitan, siehe ausführliche Darstellung ID 111) durchbrachen die Weinbauern den engen zunftartigen Rahmen ihrer Bewegung, u m das viel allgemeinere Problem der Entwicklung von Okzitanien (südfranzösisches Kulturgebiet) zu stellen: Verschlechterung der wi rtschaftlichen Lage, Arbeitslosigkeit, Auswanderung usw.. Dadurch konnten Kontakte zur Stadtbevölkerung geknüpft werden, hauptsächlich zu Jugendlichen und Arbeitern. Ein erster Eindruck gaben die unheimlich großen Versammlungen des Aktionstages vom 5. Februar, an dem alle Kräfte diesmal friedlich mobilisiert werden konnten:

Um die existenzielle Dringlichkeit ihres Problems zu unterstreichen und um deutlich zu machen, daß ihre Geduld am Ende ist, organisierten die Komitees der Weinbauern des Südens am 5. Februar einen Generalstreik, der fast das gesamte öffentliche Geschäftsleben in den meisten großen Städten des Südens lahmlegte. Der Generalstreik waurde von einer Demonstration von mehreren 10.000 Weinbauern in Montpellier begleitet. Unter der Parole: „Wir wollen in Frieden leben" hatte sich der gesamte Süden versammelt, um den Weinbau und damit die gesamte Wirtschaft dieser Region zu verteidigen. Avignon, Nîmes, Carcassonne, Montpellier und Perpignan wurden zu toten Städte, wo Weinbauern, Gewerkschaftler, Geschäftsleute, Lehrer und militante Okzitanier zum ersten Mal massiv aufmarschierten. Im Montpellier ruhte das Geschäftsleben für 15 Stunden.

Zu diesem Zeitpunkt hätte eine wilde und unkontrollierte Explosion der Gewalt, die man den Weinbauern hätte anlasten können, ein Ausweg für die in die Defensive gedrängte Regierung sein können. Es hätte die Möglcihkeit gegeben, die Weinbauern in den Augen der Öffentlichkeit zu diskreditieren und ihr Bündnis mit der KP und der CGT (kommunistische Gewerkschaft), die mit ihrem Distanzierungswahn eine ungeheure Abneigung gegen Unordnung und Abenteurertum haben ,zu untergraben. Die radikalsten Elemente der Bewegung wären dann isoliert der Repression ausgesetzt.

Das Dumme war nur, daß diese Explosion nicht staatfand, und sich die Führer der Winzerbewegung, der Gefahr bewußt, sich immer mehr mehr an der Aufgabe gewaltttätiger Aktionen orientierten.

Genau in diesem Augenblick wurden fünf Mitglieder des Kommandos, das das Weinlager des Weingroßhändlers Ramel zerstört hatte, verhaftet.

„Sie waren wirklich sehr wütend", erklärte einer der drei Polizisten von Meximieux, der sich am 1. März um dreiUhr morgens dem Kommando gegenüber sah, das das Gebäude von Ramel angriff. Die Beamten konnten nur noch zusehen, wie die etwa hundert Leute in den eigens für diese Aktion gemieteten Wagen wieder abfuhren. Vorher hatten die Winzer, die mit Beilen und Brechstangen bewaffnet waren, mehrere Dutzend Fässer entleert (etwa zwei Millionen hl) und etwa 20 Tanklastzüge für längere Zeit außer Betrieb trieb gesetzt. Diese gut vorbereitete Überraschungsaktion, mehrere Hundert Kilometer von ihren Wohnungen entfernt, sagt viel über den momentanen Zustand der Winzerbewegung und ihrer Organisation aus.

Weingroßhändler Ramel ist schon seit Jahren das schwarze Schaf des Gewerbes dieser Region. Er ist Exporteur und Importeur, ein Händler, dem nichts an der guten Qualität des Weins liegt. Seine Lastwagen durchfahren ganz Europa. Ein Teil seines Geschäfts ist die Spekulation mit beträchtlichen Mengen Wein jeder Herkunft. Er war in der Vergangenheit mehrmals in B tru sskandale verwikkelt, aus denen er sich dank seiner guten Beziehungen zu Abgeordneten aus der Region ungeschoren zurückziehen konnte. Einige Tage vor dem Überfall der Winzer gab es einen solchen Skandal, an demzwar nicht er, aber ein Großhändler gleichen Schlages, Vermorel aus Villefranche (Beaujolais) beteilgit war. Er hat Beaujolais aus spanischem Wein und Wein aus dem Herauld gepanscht (mehrere Millionen Hektoliter). Die PRoduktion der Weinbauern aus dem Beaujolais beträgt kaum 700.000 Hektoliter. Was eine solche Menge, auf den Markt geworfen, für die am Hungertuch nagenden Kleinbauern bedeutet, kann man sich ja denken.

Allen war klar, daß die Verhaftung von fünf Mitgliedern dieser populären Aktion, eine Provokation der Regierung war, auf die die Winzer gewalttätig reagieren würden: Bomben, zerstörte Steuerbüros, blockierte Straßen, herausgerissene Ei senbahnschienen, bis zur Schießerei von Montredon.

DIE SCHIESSEREI VON MONTREDON

Gegen Mittag des 4. März versammelten sich mehrere TAusend Weinbauern nach einem Aufruf des CRAV (comité régional d'action viticole) von Aude in Narbonne. Michel Romain gab eine kurze Zusammenfassung der Situation. Die Verhafteten vom Vortag waren immer noch nicht freigelassen. DieAktionen müßten daher weiter gehen. Das bedeutete für die Weinbauern, die Sperrung der Nationalstraße 113 und der Eisenbahnlinie direkt daneben.

Die Weinbauern waren kaum an der Kreuzung von Montredon angekommen, als sie sich einer motorisierten Kolonne der CRS (Compagnie Républicaine de Sécurite, Sicherheitspolizei) gegenüber sahen. Sofort flogen die ersten Steine und zerstörten alle Scheiben trotz der Schutzgitter. Ein riesiger Pflasterstein traf den Fahrer eines Wagens am Helm, so daß sein Visier abgerissen wurde. Verschanzt in ihren Autos versuchten die CRS sich so gut wie möglich gegen den Steinhagel zu schützen und machten sich aus dem Staub.Begeistert durch diesen Erfolg besetzten die schätzungsweise 3.000 Weinbauern die Straßen auf mehreren hundert Metern. Es bilden sich Gruppen, die diskutieren und andere, die Straßensperren aus in Brand gesetzten Reifen errichten und die Bahnlinie zerstören.

In der Menge gab es einige Jagdgewehre und einige Karabiner, aber es sind relativ wenige. Die meisten Gewehre blieben in den Autos. Plötzlich ein Schrei: „Da sind sie ...". Von der anderen Seite der Bahnlinie näh erten sich die Truppen der CRS. Nach einem Augenblick Unordnung sammelte sich die Menge auf der Brücke gegenüber den CRS, die noch in vorsichtiger Entfernung blieben. Die meisten Winzer hatten Steine und Knüppel. Die CRS eröffneten sofort das Feuer mit Granaten (auch Tränengas). Sie bleiben in der Nähe ihrer Autos. Mehrere Winzer schießen nun mit ihren Flinten zurück.

Dann gehen die meisten nach und nach auf das Feld, um sich den CRS zu nähern. Immer noch getrennt durch die Eisenbahnlinie sind sie noch immer zweihundert Meter von ihnen entfernt. Die CRS-Rekruten müssen hinter ihren Wagen in Deckung gehen. Aus der Deckung heraus fangen sie an zu schießen. Einen Moment lang schien es, als würden sie sich zurückziehen. Auf Seiten der Bauern war Erleichterung zu spüren und sie bewegten sich jubelnd in Richtung der CRS. Kaum haben sie die halbe Strecke zurückgelegt, als Maschinengewehrfeuer einsetze. Alle lassen sich sofort auf den Boden fallen. Die CRS hören auch dann nicht auf, als keine Schüsse mehr von den

inzern kommen. Ihre Kugeln erreichen sogar die große Menge, aus r nicht geschossen wurde. Die Schießerei dauerte eine Viertelstunde. ann wurde bekannt, daß ein Bauer erschossen wurde. Er lag am Fuß nes Signalschildes und hatte einen Einschuß im Kopf. Auf Siten der RS gab es auch einen Toten, den Kommandanten Legof.

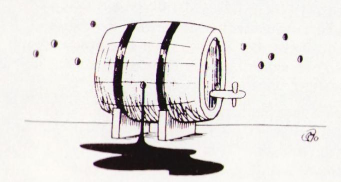
Doch ein weiteres Mal hat sich die Regierung verrechnet, denn e Einheit der Winzerbewegung ist unangetastet. Es gehen zwar erüchte über bevorstehende Verhaftungen um, doch wurden noch eine durchgefürht. Die Regierung ist sich bewußt, daß die Reak-on eine noch größere Entladung der Wut der Winzer folgen wür-e.

André Cazer, einer der Führer der Winzerbewegung, sagt: „Der ruck von der Basis ist unser bester Schutz, und dieser Druck ist och nie so groß gewesen, wie seit dem Tod von Emile Poytes in Iontredon."

Die Bürgermeister der Region Aude gaben einen neuen Beweis er Solidarität mit den kämpfenden Weinbauern, indem sie ihren emeinsamen Rücktritt ankündigen, für den Fall, daß sich die Lage erschlimmert.

Hilflos versucht die Regierung die Bewegung zu diffamieren, in-em sie Zusammenhänge mit zwei Anarchisten, die beim Bomben-asteln verunglückt sind, herstellen will. Die ganze Winzerbewe-ung s… von anarchistischen Gruppen manipuliert werden, auch arlos wurde wieder ins Spiel gebracht.

Immer noch scheint die Regierung gelähmt zu sein von der Tat-iche, daß es eine soziale Bewegung gewagt hat, das Tabu der Waf-n zu brechen und auf die Staatsmacht zu schießen.



ER ARBEITSKAMPF BEI „MICHELIN"

ALLADOLID (ID)
5. März

Unterzeichnet vom Betriebsratsvorsitzenden Fernando Muñoz Montes erhielten wir folgenden Bericht über die Lage ı einer der spanischen Filialen der französischen multinationalen Reifenfabrik Michelin. Der Bericht stammt vom 11. Februar, einer Zeit also, als das Management in einer totalen Aussperrung den Ar-beitskampf bei Safer Michelin zerschlagen wollte:

„Angesichts der von der Unternehmensleitung von SaferMiche-in verbreiteten Erklärung sind wir, die Arbeiter dieses Unterneh-nens, in einer Versammlung zusammengetreten und haben es für notwendig befunden, der Öffentlichkeit unseren Standpunkt zu dem Arbeitskonflikt, den wir durchmachen, mitzuteilen. Diese Situation wurde durch die Entscheidung des Unternehmens verur-sacht, alle Arbeiter auszusperren, wobei sie einige auch noch ent-lassen hat. Um die Situation möglichs konzentriert darzustellen, führen wir folgende Punkte an:

1. Arbeitszeit

Am 31. Juli 1974 wird im Staatsanzeiger die neue Arbeitsregelung für die chemische Industrie veröffentlicht und darin festgelegt, daß für die Beschäftigten dieses Industriezweiges die wöchentliche Arbeitszeit 45 Stunden beträgt, mit Ausnahme der Nachtschicht, für die sie 42 Stunden beträgt.

Darauf verweisend, forderten wir wiederholt von der Firma, daß sie diese Regelung strikt einhielte. Die Antwort der Firma war einseitig, ohne die Beschäftigten zu fragen, die soziale Verbesserung, die diese Arbeitszeitverkürzung darstellte, in eine Lohnerhöhung umzuändern. Dabei führte sie an, daß wegen angeblichen Produktionserfordernissen man 48 Stunden arbeiten sollte und daß die drei Stunden Differenz als Überstunden bezahlt würden. Diese Haltung der Firmenleitung war es, die die Arbeitsniederlegungen von Oktober 1974 und Februar 1975 verursachte, während den Verhandlungen zum jetzigen Tarifvertrag. In der Folge wurden zwei Kollegen entlassen und mehreren wurde eine Strafe auferlegt.

Somit ist es klar, daß diese von uns fast zwei Jahre lang vertretene Forderung niemals angenommen wurde; uns wurde von der Firma nicht einmal dargelegt, welche diese angeblichen Produktionserfordernissen seien. Wir möchten unterstreichen, daß wenn wir die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden während dieser Zeit geduldet haben, das nicht bedeutet, daß wir damit einverstanden waren. Vielmehr zeigt das deutlich, wie geduldig wir das Problem angegangen haben und alle Verhandlungsmöglichkeiten wahrnahmen, die sich uns darboten. Die letzte dieser Möglichkeiten war die Anzeige eines Arbeitskonflikts beim Arbeitsgericht.

2. Entwicklung des Konflikts

Am 28. Januar teilte uns die Firma mit, daß ab dem 1.2.1976 46 Stunden wöchentlich gearbeitet würden. Diese Mitteilung, genau 24 Stunden vor der Durchführung einer erlaubten Versammlung bekannt gemacht, rief bei uns allen Empörung hervor. Auf dunklem Wege verschwanden die Produktionserfordernisse, deren Nachweis schon immer so dunkel geblieben war. Andererseits war das Ergebnis des Schiedsspruchs des Arbeitsgerichts bereits im voraus bekannt, da der Bericht des Gewerkschaftlichen vermittlungsausschusses negativ war, wie uns der Vorsitzende der Gewerkschaft der Chemischen Industrie mitteilte, der auch erwähnte, daß sehr wahrscheinlich das Gericht 24 Stunden später entscheiden würde.

Auf der legalen Versammlung vom 29.1.76 war die allgemeine Meinung, die Haltung der Firma als schändliches Feilschen zu betrachten, da sie 46 Stunden festlegte und nicht 45. Wobei wir, die die 40-Stunden-Woche anstreben, uns an die gesetzlichen Bestimmungen gehalten haben.

In Anbetracht der äußersten Ausschöpfung des Verhandlungsweges (eineinhalb Jahre lang) wurde einstimmig beschlossen, am Samstag, den 31.1.76, sobald die 45 Stunden gearbeitet waren, die Arbeit niederzulegen, wobei wir uns an die gesetzliche Regelung hielten. Diese Haltung wurde bekräftigt, als wir die arbeitenden Kollegen informierten und dabei betonten, daß alle die, die eine besondere Verantwortung über Maschinen oder Material hatten, die nicht verlassen werden können, ohne dass Schäden entstehen, die Arbeit nicht verlassen sollten. Auf den ebenfalls legalen Versammlungen vom 30.1.76 wurden die Beschlüsse bestätigt.

So hörten am 31.1.76 gemäß den Beschlüssen, die die Frühschicht und die Früh-und Spätschicht (das sind Kollegen, die ihren Arbeitstag auf zwei Teilschichten geteilt bekommen), als die 45 Stunden gearbeitet waren, mit der Arbeitszeit auf und verließen anschließend den Betrieb. Die Nachmittags-Abend-Schicht hörte um 19 Uhr auf zu arbeiten. Als die Kollegen dieser Schicht sich in einer Überdachten Betriebsstraße versammelten, nur um festzustellen, wie weit die Beschlüsse befolgt worden waren, kam der Personalchef, Herr Echava und entließ grundlos - zumindest war kein Grund erkennbar - einen Kollegen. Diese willkürliche Maßnahme radikalisierte die Gemüter der Kollegen, so daß in einer späteren Versammlung außerhalb des Betriebes beschlossen wurde, am Montag, den 2.2.76, gleich morgens die Wiedereinstellung des Entlassenen zu fordern. Die Nachtschicht verließ ebenfalls den Betrieb, nachdem ihre 42 Stunden herum waren. Dabei ereigneten sich keine Zwischenfälle.

Am Montag, dem 2. Februar beantragte der Betriebsrat um acht Uhr früh eine Zusammenkunft des Vertrauensleutekörpers, um über die möglichen Maßnahmen zu beraten, die Entlassung vom 31.1.76 rückgängig zu machen. Die Betriebsleitung, die daher sogar die Unabhängigkeit des Vertrauensleutekörpers abstritt, erlaubte diese Zusammenkunft nicht. Die Firmenleitung nahm mit dieser Haltung die Verantwortlichkeit auf sich, über die Stimmung der gesamten Belegschaft, die man unmöglich ignorieren konnte, hinwegzugehen. Um 13 Uhr teilte die Firma fünf Betriebsräten mit, daß sie zum Gewerkschaftshaus gehen könnten, um dort um Rat zu fragen. Diese Kollegen stellten wieder ihren guten Willen unter Beweis und gingen dorthin. Währenddessen war der Rest der Vertrauensleute von ihren Kollegen abgeschnitten, ohne Möglichkeit, sich zu informieren oder an die zu wenden, deren Vertreter sie waren.

Gegen 15 Uhr, nach der offiziellen Mitteilung, daß der Entlassene nicht wieder eingestellt werde, begann einstimmig der totale Streik. Von da an – fern davon, ihre Bereitschaft zu zeigen, zu verhandeln und nach möglichst annehmbaren Lösungen zu suchen – war es die Haltung der Firma, neue Entlassungen und vorsorgliche Aussperrungen zu verhängen, angefangen beim Betriebsratsvorsitzenden und 16 Arbeitern insgesamt.

Nach diesen Entlassungen, die von allen Beschäftigten als willkürlich angesehen wurden, trat die Frage der Weidereinstellung der Entlassenen Kollegen an die erste Stelle. Wenn dazu eine gewerkschaftliche Vertretung zum ersten Mal von allen Arbeitern gewählt wurde und unterstützt worden ist und sie daraufhin sofort der Führung beraubt werden sollen, so kann die Firma schlecht gültige Gesprächspartner finden, die tatsächlich die Kollegen vertreten. Und das alles gerade zu einem Zeitpunkt, wo die höchsten Amtsträger der Nation einen Prozeß der demokratischen Entwicklung versprechen, der die so notwendige, freie und direkte Beteiligung des werktätigen Volkes möglich machen würde. Das ist ein ernster und tiefer Widerspruch zu den von den Unternehmern ergriffenen Maßnahmen und besonders von Safer Michelin, wenn sie eher zur Entlassung als zur Verhandlung greifen.

3. Zentraler Betriebsrat – einheitlicher Tarifvertrag

Wir Arbeiter von Michelin, bewußt, daß Einigkeit stark macht, kamen zum Ergebnis, daß nur die einheitliche Tarifverhandlung aller Michelinbetriebe in Spanien das Erreichen von Lohnerhöhungen und soziale Verbesserungen erleichtern würde. Die gewerkschaftliche Vertretung der Betriebe von Lasarte, Vitoria, Aranda de Duero und Valladolid nahm dies auf und begann die Bildung eines Zentralen Betriebsrats zu prüfen, der seinerseits einen einheitlichen Tarifvertrag möglich machen könnte, der für die 11.000 Arbeiter, die Michelin in Spanien beschäftigt, gültig wäre.

Von diesem Augenblick an beginnt die Unternehmensleitung eine wahre Kampagne von Behinderungen und unhaltbaren Argumenten, die die Verwirklichung dieser Forderung verhindern sollte. So boykottierte sie die für Dezember 1975 in Madrid vorgesehene Zusammenkunft der gewerkschaftlichen Vertreter der vorhin genannten Betriebe (eine Zusammenkunft, die nach vielen Schwierigkeiten im Janaur 1976 durchgeführt werden konnte) und erklärte, daß jeder Betrieb unabhängig und autonom sei, was die Geschäftsführung und Personalverwaltung betreffe. Diese Darstellung ist unsinnig, ist es doch allen bekannt, daß Michelin, auch wenn es sechs Betriebe in Spanien hat, ein einziges Unternehmen ist mit einer zentralen Verwaltung und einer zentralen Unternehmensleitung. Ebenso bedeutsam ist es, daß es einen einzigen Verwaltungsrat hat; es gibt noch mehrere weitere Beispiele, mit denen wir zeigen könnten, wie unhaltbar die Weigerung seitens der Unternehmensleitung von Michelin ist, was die Bildung eines zentralen Betriebsrates angeht, der den einheitlichen Tarifvertrag ermöglicht, den wir Arbeiter alle anstreben.

4. Löhne

Abgesehen von den sozialen Verbesserungen, und wenn man bedenkt, daß Michelin ein großer multinationaler Konzern ist, der größte Reifenhersteller, mit ausgezeichneter Geschäftslage, denn man darf nicht vergessen, daß es eins der Unternehmen mit den höchsten Gewinnen der Welt ist – und, das sei noch gesagt, noch von keiner Krise betroffen ist; abgesehen davon ist die Forderung nach Lohnerhöhung schon immer eine Forderung der Arbeiter gewesen, besonders da das durchschnittliche Einkommen gegenwärtig 14-15.000 Pesos beträgt (etwa 560 bis 600 Mark).

Es wurde bei den Lohntarifverhandlungen die Forderung von 6.000 Pesos für alle gleich aufgestellt (etwa 240 Mark) umgerechnet auf den Monatslohn), worauf das Unternehmen nicht einging, sondern rundheraus ablehnte. Die niedrigen Löhne und die Weigerung der Firma, die Steigerung der Lebenshaltungskosten von einer Kommission von Arbeitern auf der Basis der wirklichen Verbrauchsgüter errechnen zu lassen, stellte uns vor die Notwendigkeit, 8.000 Pesos im Monat (320 Mark) für alle gleich zu fordern; eine Forderung, die wir jenen nach sozialen Verbesserungen hinzufügten.

5. Standpunkte im Konflikt

Zuletzt wollen wir darstellen, welche Haltung jeweils von beiden Seiten eingenommen wurde, was uns helfen wird, die ernste Lage in die wir gekommen sind, besser zu verstehen.

Seit dem 2. Februar hielten wir in der überdachten Betriebsstrasse Versammlungen ab. Diese Versammlungen sind, obwohl sie ein legitimes Recht der Arbeiter sind, bei Michelin undurchführbar geworden. Ständig bemühte sich eine Abordnung des Betriebsrates zu verhandeln, wenn aber eine Vertretung des Unternehmens zu den Versammlungen kam, dann nur, um die Namen der Kollegen bekannt zu machen, die die Liste der Entlassenen vergrößern sollten, wobei sie gleichzeitig ankündigte, daß neue Listen in Vorbereitung wären. Zu einem bestimmten Zeitpunkt gab es sogar einen Verhandlungsvorschlag auf der Grundlage der Wiedereinstellung der Entlassenen, der vom Personalchef selbst gemacht und von der Versammlung angenommen wurde. Trotzdem, einige Stunden später zog die Firma ihren eigenen Vorschlag zurück, als nur noch über zwei Fälle von Aussperrungen zu verhandeln war.

In den verschiedenen Versammlungen wurde von Anfang an über die Lage jener Kollegen diskutiert, die vor weniger als einem Monat eingestellt worden waren und eine Lehrzeit durchmachten. Wir kamen dabei zu dem Schluß, daß diese Kollegen ihrer Tätigkeit im Betrieb nachgehen sollten. Zum Schluß wurden sie mit der Begründung der anormalen Betriebssituation entlassen.

Auch wenn das Unternehmen, mit der Begründung, die Maschinen könnten beschädigt werden, Bereitschaftspolizie holte, muß man sagen, daß wir ständig die Notwendigkeit der Wartung betonten, um mögliche Unfälle oder Schäden zu verhindern.

Was die Kollegen betrifft, die im Maschinenraum arbeiten und deren Aufgabe es unter anderem ist, dafür zu sorgen, daß die notwendige Temperatur bleibt, damit bestimmtes Material nicht beschädigt oder zerstört wird, so war die Haltung aller Kollegen ebenfalls die, daß diese weiterarbeiten, ohne ihren Arbeitsplatz zu verlassen und ihre Verantwortung zu vernachlässigen, was sonst Folgen haben könnte, die niemand wünschte.

Geleichzeitig möchten wir unsere Abscheu gegen die Methoden der individuellen Einschüchterung zum Ausdruck bringen, die die Unternehmensleitung angewandt hat; wie z.B. Besuche von Mitgliedern des sogenannten Meisterkörpers bei den Kollegen daheim, wo sie diese und ihre Familien einzuschüchtern versuchten und aufforderten, ihre Arbeit wiederaufzunehmen. Drohbriefe, usw..

Wir hoffen, daß diese Erklärung Licht in die Ursachen und in die Entwicklung dieses Konfliktes bringt. Diese Situation ist für niemand angenehm, und am wenigsten für unsere Familien sowie für unsere Würde als Menschen."